



Plenarprotokoll

110. Sitzung

Freitag, 3. April 2009

Vereidigung von Herrn Dr. Jörn Biel, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr.....	8173	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/2511	
Ansprache aus Anlass der Ernennung von Herrn Professor Dr. Utz Schliesky zum Direktor des Schleswig-Holsteinischen Landtags.....	8173	Antrag der Fraktionen von CDU und SPD Drucksache 16/2595	
Gemeinsame Beratung	8174	Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/2598	
a) Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zum Staatsvertrag zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg und dem Land Schleswig-Holstein über die Errichtung der „HSH Finanzfonds AöR“ als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts	8174	b) Keine Gewinnausschüttung der HSH Nordbank für das Jahr 2008.....	8174
		Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/2545	

Bericht und Beschlussempfehlung
des Finanzausschusses
Drucksache 16/2596

Beschluss: Tagesordnungspunkt mit
der Berichterstattung der Landes-
regierung erledigt.....

8210

Änderungsantrag der Fraktion der
FDP
Drucksache 16/2599

Günter Neugebauer [SPD], Be-
richterstatter..... 8174
Peter Harry Carstensen, Minister-
präsident..... 8176
Wolfgang Kubicki [FDP]..... 8177, 8202
Dr. Johann Wadephul [CDU]..... 8181
Dr. Ralf Stegner [SPD]..... 8184
Karl-Martin Hentschel [BÜND-
NIS 90/DIE GRÜNEN]..... 8189
Lars Harms [SSW]..... 8193
Rainer Wiegard, Finanzminister... 8198, 8205
Martin Kayenburg [CDU]..... 8204
Holger Astrup [SPD], zur Ge-
schäftsordnung..... 8206, 8207
Wolfgang Kubicki [FDP], zur Ge-
schäftsordnung..... 8206

* * * *

Regierungsbank:

Peter Harry Carstensen, Ministerpräsident

Ute Erdsiek-Rave, Stellvertreterin des Minis-
terpräsidenten und Ministerin für Bildung und
Frauen

Uwe Döring, Minister für Justiz, Arbeit und
Europa

Lothar Hay, Innenminister

Rainer Wiegard, Finanzminister

Dr. Jörn Biel, Minister für Wissenschaft, Wirt-
schaft und Verkehr

Dr. Gitta Trauernicht, Ministerin für Soziales,
Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren

* * * *

Beschluss: 1. Ablehnung des Antrags
Drucksache 16/2598
2. Verabschiedung des
Gesetzentwurfs Drucksache 16/
2511 in namentlicher Abstim-
mung
3. Annahme des Antrags
Drucksache 16/2595
4. Annahme des Antrags
Drucksache 16/2545 in der Fas-
sung der Drucksache 16/2596 mit
Ergänzungen
5. Antrag Drucksache
16/2599 von den Antragstellern
für erledigt erklärt..... 8207

**Personelle Konsequenzen in der
HSH Nordbank AG..... 8207**

Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/2597

Rainer Wiegard, Finanzminister... 8207
Karl-Martin Hentschel [BÜND-
NIS 90/DIE GRÜNEN]..... 8208
Frank Sauter [CDU]..... 8208
Dr. Ralf Stegner [SPD]..... 8209
Dr. Heiner Garg [FDP]..... 8210
Lars Harms [SSW]..... 8210

Beginn: 13:08 Uhr

Präsident Martin Kayenburg:

Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 42. Tagung des Schleswig-Holsteinischen Landtags. Das Haus ist ordnungsgemäß einberufen und beschlussfähig.

Erkrankungen haben wir keine. Wir haben aber einige Beurlaubungen. - Unter anderem ist der Minister für Landwirtschaft und Umwelt beurlaubt, um den Ministerpräsidenten in der Bundesratssitzung zu vertreten. Außerdem sind die Kollegen Ritzek und Wengler sowie die Kollegin Spooendonk beurlaubt.

Ministerpräsident Carstensen hat mir mit Schreiben vom 30. März 2009 mitgeteilt, dass Herr Dr. Jörn Biel mit Wirkung vom gleichen Tage als Nachfolger für den zurückgetretenen Dr. Werner Marnette zum Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr ernannt wurde. Nach Artikel 28 Abs. 2 der Landesverfassung hat der Landesminister im Anschluss an seine Berufung vor dem Landtag den Eid zu leisten. Ich darf zu dieser Vereidigung auf der Tribüne ganz herzlich Frau Biel und unseren früheren Wirtschaftsminister, Herrn Dr. Jürgen Westphal, begrüßen. - Seien Sie uns ganz herzlich willkommen!

(Beifall)

Außerdem begrüße ich unsere frühere Kollegin, Frau Christel Aschmoneit-Lücke,

(Beifall)

Mitglieder der Marinekameradschaft Rendsburg und alle anderen Gäste. - Seien Sie uns alle herzlich willkommen!

(Beifall)

Herr Minister Dr. Biel, ich bitte Sie, zur Vereidigung nach vorn zu kommen. Ich spreche Ihnen die Eidesformel vor und bitte Sie, die rechte Hand zu heben und mir nachzusprechen.

(Die Anwesenden erheben sich - Der Minister wird nach der folgenden Eidesformel vereidigt. Ich schwöre: Ich werde meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seine Freiheit verteidigen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, die Gesetze der Bundesrepublik Deutschland und des Landes Schleswig-Holstein wahren, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegenüber allen Menschen üben, so wahr mir Gott helfe.)

Sehr geehrter Herr Minister, ich gratuliere Ihnen sehr herzlich und wünsche Ihnen eine erfolgreiche Arbeit zum Wohle unseres Landes. Ich freue mich auf eine gute Zusammenarbeit.

(Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, hinter mir hat Herr Prof. Dr. Utz Schliesky Platz genommen, der seit dem 1. April 2009 neuer Direktor des Schleswig-Holsteinischen Landtags ist. Auch wenn er den meisten in diesem Haus gut bekannt ist, möchte ich doch wenige Worte zu seinem beruflichen Werdegang verlieren. Prof. Dr. Schliesky studierte von 1987 bis 1992 Rechtswissenschaften an der Christian-Albrechts-Universität. Nach dem ersten juristischen Staatsexamen, der Promotion und der 1997 abgelegten Großen Juristischen Staatsprüfung folgte die Tätigkeit als wissenschaftlicher Assistent am Lehrstuhl von Prof. Dr. Schmidt-Jortzig. 2002 wurde Prof. Dr. Schliesky mit einer Arbeit über die „Souveränität und Legitimität von Herrschaftsgewalt“ habilitiert.

Seit 2003 war er Erster Beigeordneter und stellvertretender Hauptgeschäftsführer des Deutschen Landkreistags in Berlin, bevor er zum 1. Juni 2005 die Leitung der Abteilung Verwaltungsmodernisierung im Finanzministerium des Landes Schleswig-Holstein übernahm.

Prof. Dr. Schliesky, der die Lehrbefugnis für öffentliches Recht einschließlich Europarecht besitzt, ist seit August 2007 auch Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Lorenz-von-Stein-Instituts für Verwaltungswissenschaften. Insofern kann der Landtag künftig auf einen wissenschaftlich profilierten, in verschiedensten Verwaltungsbereichen erfahrenen und exzellent vernetzten Direktor zählen.

In seiner Funktion beim Landkreistag hat Prof. Dr. Schliesky nicht nur die Brüsseler Repräsentanz der deutschen Kreise geleitet, sondern bei der EU in Brüssel auch einige Projekte mit angeschoben. Überdies spricht er Polnisch. Seine internationale Erfahrung und seine Sprachkenntnisse werden unsere gemeinsamen Pläne mit unseren Partnern in der Ostseeregion in hohem Maße befördern. Gerade die direkte Kommunikation mit den polnischen Freunden wird unseren Kontakten weiteren Schub verleihen.

Sehr geehrter Herr Landtagsdirektor, ich spreche für alle Abgeordneten, wenn ich Ihnen für Ihre neuen, fordernden Aufgaben an der Spitze der Landtagsverwaltung viel Freude, stets eine glückliche Hand, Erfüllung und nachhaltigen Erfolg wünsche.

(Präsident Martin Kayenburg)

Wir, die Fraktionen und die Abgeordneten - ich denke, auch die Regierung -, freuen uns auf die gute Zusammenarbeit mit Ihnen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich habe Ihnen eine Aufstellung über die im Ältestenrat vereinbarten Redezeiten übermittelt. Wir werden heute voraussichtlich bis 16 Uhr tagen. - Ich höre keinen Widerspruch. Dann werden wir so verfahren.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, sehr geehrter Herr Staatssekretär, lieber Herr Maurus, gratulieren wir Ihnen sehr herzlich zu Ihrem heutigen Geburtstag - auch ohne Blumenstrauß -: Glück, Erfolg und alles Gute für das kommende Lebensjahr!

(Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich rufe Tagesordnungspunkt 1 auf:

Gemeinsame Beratung

a) Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zum Staatsvertrag zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg und dem Land Schleswig-Holstein über die Errichtung der „HSH Finanzfonds AöR“ als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/2511

Antrag der Fraktionen von CDU und SPD
Drucksache 16/2595

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/2598

b) Keine Gewinnausschüttung der HSH Nordbank für das Jahr 2008

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/2545

Bericht und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses
Drucksache 16/2596

Änderungsantrag der Fraktion der FDP
Drucksache 16/2599

Ich erteile dem Berichterstatter des Finanzausschusses, Herrn Abgeordneten Günter Neugebauer, das Wort.

Günter Neugebauer [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin autorisiert, für den Finanzausschuss einen Bericht vorzulegen. Nicht erst seit 2007, dem Beginn der internationalen Finanzkrise, hat sich der Finanzausschuss mit der Landesbank beziehungsweise - nach der Fusion mit der Hamburger Landesbank - der HSH Nordbank befasst und regelmäßig Gespräche über die Situation der Bank mit dem Vorstand geführt. Während die Gesprächsanlässe und die Entwicklung der Bank in den zurückliegenden Jahren meistens freundlich waren und der Landeshaushalt und damit auch die Steuerzahler von der Bank profitiert haben, änderte sich die Situation ab Sommer 2008 erstmals schlagartig und mit dem Zusammenbruch von Lehman Brothers dramatisch: Die Auswirkungen der in den USA ausgelösten **Weltfinanzkrise**, deren Ursache ich nicht bewerten will und darf, griffen weltweit auf alle Kreditinstitute und damit auch auf unsere gemeinsame Landesbank über. Der damalige Vorstandsvorsitzende Berger wurde regelmäßiger Gast im Finanzausschuss. Die Ereignisse - Sie werden sich erinnern - haben sich seit Herbst 2008 überschlagen, die Lage spitzte sich zu, der Vorstandsvorsitzende wechselte, und seit November letzten Jahres ist Prof. Dr. Nonnenmacher ständiger Gast im Finanzausschuss und im Unterausschuss „Unternehmensbeteiligungen“.

Lassen Sie mich - sicherlich im Namen aller Ausschussmitglieder - an dieser Stelle feststellen: Das Vertrauen der Parlamentarier in die Führung der HSH Nordbank hat durch das Agieren und insbesondere die Informationspolitik Schaden genommen. Immer wieder mussten wir Sachverhalte aus der Zeitung erfahren, die uns vorher in den Ausschussberatungen verschwiegen oder anders dargestellt wurden.

Nachdem die **Situation der HSH Nordbank** mehrmals Gegenstand von Informationen und Beratungen im Finanzausschuss gewesen war, wurden im Finanzausschuss und im Haushaltsausschuss der Hamburgischen Bürgerschaft am 17. Februar dieses Jahres vom Vorstand und Aufsichtsrat der HSH sowie den Landesregierungen von Schleswig-Holstein und Hamburg die **strategische Neuausrichtung** und die damit verbundene **Kapitalisierung der HSH** - das sogenannte 3+10-Modell, das heißt Kapitalzuführung von 3 Milliarden € und Garantieübernahme von 10 Milliarden € - vorgestellt. Seit-

(Günter Neugebauer)

dem hat sich der Finanzausschuss bis heute jede Woche mit dem Geschäftsmodell, der Eigenkapitalaufstockung, der Garantiegewährung und vielen weiteren Fragen wie zum Beispiel dem Kreditinvestmentportfolio befasst. Die erbetenen Unterlagen wurden geliefert, die Fragen, wenn auch zu unterschiedlicher Zufriedenheit, beantwortet.

Die drei Sitzungen im März dieses Jahres und die gestrige Sitzung führte der Finanzausschuss gemeinsam mit dem Innen- und Rechtsausschuss und dem Wirtschaftsausschuss durch und beschäftigte sich im Vorweg im Rahmen des Selbstbefassungsrechts mit der Neuausrichtung der HSH und der Errichtung der „HSH Finanzfonds AöR“. Die Mitglieder der drei Ausschüsse stellten dem Vorstand der HSH Nordbank und Finanzminister Wiegard eine Menge von Fragen und tagten oft ohne Mittagspause bis in den Nachmittag hinein. Danach traf sich in der Regel auch noch der Unterausschuss „Unternehmensbeteiligungen“ zu vertraulichen Beratungen.

Lassen Sie mich eine ganz persönliche Bemerkung einfließen lassen. Sie wissen, dass ich dem Parlament schon viele Jahre angehöre. Ich kann mich nicht erinnern, dass in diesen drei Jahrzehnten zu einem Thema jemals eine so intensive Beratung im Finanzausschuss stattgefunden hat - ich denke, der Bedeutung der Entscheidung, die wir heute zu treffen haben, zu Recht geschuldet.

Zur gemeinsamen Sitzung am 19. März 2009 zitierten die Ausschüsse den damaligen Wirtschaftsminister Dr. Marnette, der zwar sein „Bauchgrimmen“ erläuterte, aber dem Geschäftsmodell der HSH und dem Staatsvertrag im Finanzausschuss mehrfach seine Zustimmung erteilte. Ebenfalls am 19. März hörten die Ausschüsse den Präsidenten der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, Jochen Sanio, und den Sprecher des Lenkungsausschusses des Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung, Herrn Dr. Rehm. Bei diesen Befragungen erklärten die Gäste, dass eine **Liquidation der Bank** mit nicht kalkulierbaren Risiken verbunden und nicht zu verantworten sei und es zudem aus deren Sicht keine empfehlenswerte, verantwortbare Alternative zum vorgeschlagenen **Fortführungsmodell** gebe - übrigens ein Modell, das der Vertreter des SoFFin als trag- und zukunftsfähig beurteilte.

Deutlich wurde insbesondere, dass die Länder Hamburg und Schleswig-Holstein bei einer Liquidation der Bank ihre bis 2005 eingegangenen Verpflichtungen aus der damaligen **Gewährträgerhaftung** von zusammen immer noch 64 Milliarden € erfüllen müssten.

Deutlich wurde auch, dass der **SoFFin** nach Verabschiedung des **Geschäftsmodells** und der geforderten **Kapitalerhöhung** gegebenenfalls bereit wäre, sich konkret an Absicherungsrisiken der Kernbank zu beteiligen. Die Frage, inwieweit sich der Bund beziehungsweise der SoFFin an Kapitalmaßnahmen beteiligt, spielte in den Beratungen überhaupt eine zentrale Rolle.

Auf Beschluss des Unterausschusses „Unternehmensbeteiligungen“ hin habe ich Herrn Bundesfinanzminister Steinbrück kurzfristig am Dienstag um eine Stellungnahme zu der Frage der Bereitschaft des **Bundes** gebeten, sich an der **Bereitstellung an Eigenkapital und Garantien für die HSH Nordbank** zu beteiligen. Die Stellungnahme ist sehr kurzfristig eingegangen und liegt uns seit Donnerstag mit Umdruck 16/4167 vor.

Neben dem Finanzausschuss hat auch der Landtag mehrfach über die Entwicklung der HSH Nordbank debattiert und am 25. März den Gesetzentwurf zum Staatsvertrag zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein über die Errichtung der „HSH Finanzfonds AöR“ zur weiteren Beratung federführend an den Finanzausschuss und mitberatend an den Innen- und Rechtsausschuss sowie den Wirtschaftsausschuss überwiesen. Die drei Ausschüsse haben sich gestern abschließend mit dem Gesetzentwurf befasst und empfehlen dem Landtag mit den Stimmen von CDU und SPD gegen die Stimmen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Enthaltung der FDP, den Gesetzentwurf Drucksache 16/2511 in unveränderter Form anzunehmen. Ich möchte an dieser Stelle auf Resolutionen hinweisen, mit denen sich der Landtag heute noch befassen wird. Mit diesen Resolutionen haben sich die Ausschüsse allerdings nicht befasst.

Den in diesem Zusammenhang an den Finanzausschuss überwiesenen Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Keine Gewinnausschüttung der HSH Nordbank für das Jahr 2008“ - ich meine, er liegt heute als Tischvorlage vor - hat der Ausschuss mit großer Mehrheit in veränderter Form angenommen.

Gestatten Sie zum Abschluss, dass ich mich bei der Landesregierung, insbesondere bei Herrn Finanzminister Wiegard und bei seiner Mitarbeiterin, Frau Dr. Roggenkamp, für die monatelange Zuarbeit herzlich bedanke.

(Beifall bei CDU und SPD)

Mein Dank gilt auch den Kolleginnen und Kollegen in den beteiligten Ausschüssen - natürlich insbesondere den Mitgliedern des Finanzausschusses - für

(Günter Neugebauer)

die faire und konstruktive Zusammenarbeit. Die vielen Diskussionen waren meines Erachtens trotz der unterschiedlichen Auffassungen von Verantwortungsbewusstsein und Sorgfalt geprägt. Sie waren der Bedeutung der Entscheidung geschuldet.

(Beifall bei CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Martin Kayenburg:

Gibt es Wortmeldungen zum Bericht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache und erteile für die Landesregierung Herrn Ministerpräsident Peter Harry Carstensen das Wort.

Peter Harry Carstensen, Ministerpräsident:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte es am Anfang gleich klipp und klar sagen: Wir stehen vor einer Entscheidung, die uns keiner abnimmt. Wir können vor dieser Entscheidung auch nicht weglaufen. Wir tragen Verantwortung; die Landesregierung trägt Verantwortung, und der Landtag trägt Verantwortung. Jeder und jede einzelne Abgeordnete in diesem Hohen Haus trägt Verantwortung. Dazu haben uns die Bürgerinnen und Bürger den Auftrag erteilt.

Eine **Stabilisierung der HSH Nordbank** ist eine Entscheidung von enormer Reichweite. Sicher, wir hätten gern noch mehr Zeit für solch eine Entscheidung gehabt, doch die Entwicklung auf den Finanzmärkten und die Bankenaufsicht drängen, die Zeit drängt. Heute müssen wir die Entscheidung treffen, das ist unsere Pflicht. Ich weiß, dass es eine schwierige Entscheidung ist. Es ist wohl die schwierigste Entscheidung, die Verantwortliche für dieses Land jemals zu treffen hatten, und doch führt an ihr kein Weg vorbei. Es ist nicht nur Teil meines Amtseides; wir alle haben die Pflicht, von Schleswig-Holstein Schaden abzuwenden. Ich will dieser Aufgabe gerecht werden. Wenn Sie alle dieser Aufgabe gerecht werden wollen, dann kann die Entscheidung heute nur lauten: Wir stützen eine **systemrelevante Bank**. Wir stützen die HSH Nordbank. Wir stützen unsere Bank im Interesse unserer Wirtschaft und im Interesse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Betrieben.

Ich sage Ihnen offen und ehrlich: Seit Monaten treibt mich nur eine wirkliche Sorge um. Das ist die Frage: Wie stabilisieren wir unsere Landesbank, um Vertrauen zu schaffen, um Arbeitsplätze zu sichern und um das Vermögen des Landes zu erhalten? - In der Tat, es geht um das Vermögen der Bürgerinnen und Bürger. Das ist die Sorge, die mich umtreibt.

Deshalb bin ich Tag für Tag in Verhandlungen. Ich habe in dieser Krise manch schlaflose Nacht gekannt. Zugleich setze ich mich mit ganzer Kraft und aus tiefster Überzeugung für eine Entscheidung ein, die dieses Land auch tragen kann. Herr Dr. Marnette hat seine Schlüsse gezogen. Ich bedauere das. Eine Alternative zur Stabilisierung der Bank hat er nicht angeboten. Das konnte er auch nicht, er hat es selbst gesagt: Eine Alternative zu unserem Kurs gibt es nicht.

Wir haben die bestmögliche Lösung für unser Land hart erarbeitet. Die **Bankenaufsicht** und der **Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung** haben uns das bestätigt, und viele von Ihnen waren im Ausschuss dabei und haben die Ausführungen von Herrn Dr. Rehm gehört. Der Sprecher des SoFFin hat uns attestiert, dass wir bei der HSH Nordbank zügig gehandelt haben. Er sagte: Andere Banken sind nach den Beobachtungen, die wir machen können, noch nicht so weit. Er hält das **neue Geschäftsmodell** der HSH Nordbank prinzipiell für tragfähig und für zukunftsfähig. Auch für diejenigen, die zugrunde gelegte Rahmenbedingungen infrage stellen, hatte er eine Antwort parat. Er sagte: Es gibt im Moment keine andere deutsche Bank, die mit anderen Wahrscheinlichkeiten operieren kann als den hier annoncierten. Das sagt der Sprecher des SoFFin, und wer will an seinem Sachverstand ernsthaft zweifeln?

Die Entscheidung ist schmerzhaft, sie kann einem Bauchschmerzen bereiten, und trotzdem bleibt die Entscheidung eine Kopfsache. Sie verlangt auch einen kühlen Kopf. Wir alle kennen die dramatische **Lage unseres Haushalts** nur zu gut. Mit Hamburg zusammen 3 Milliarden € **Eigenkapital** nachzuschießen und **Garantien** über weitere 10 Milliarden € zu geben - ich mache aus meinem Herzen keine Mördergrube, wenn ich das sage -, das fällt auch mir wahrlich nicht leicht.

Der **SoFFin** hat dies aber für seine Hilfe und für seine Garantien über 30 Milliarden € zur **Bedingung** gemacht. Da gibt es, und da gab es keinen Handlungsspielraum.

Die **Risiken** aus dem **Altgeschäft** sind unsere Angelegenheit, und zuerst müssen wir unsere Hausaufgaben machen. Die machen wir, wenn wir heute positiv entscheiden. Ich habe mich in der Abwägung dazu durchgerungen, denn es steht weit mehr auf dem Spiel. Wenn wir aussteigen, wenn diese Bank fällt, dann sind die Folgen nicht absehbar. Wir können uns einen zweiten Fall Lehman Brothers nicht leisten, zumal die **Haftungsansprüche** gegen uns bleiben, ob wir die Bank nun sofort li-

(Ministerpräsident Peter Harry Carstensen)

quidieren oder sie geordnet abbauen. Beides käme uns wesentlich teurer.

Meine Damen und Herren, Sie alle wissen das, und ich denke, über einen Mangel an Informationen können sich die Entscheidungsträger in diesen Wochen wirklich nicht beklagen. Darauf hat auch der Kollege Neugebauer hingewiesen.

Die Abgeordneten, die Mitglied im Beteiligungsausschuss sind, haben Einsicht in höchst vertrauliche Unterlagen nehmen können - da waren alle Fraktionen und der SSW vertreten -, und jede und jeder Abgeordneter aus dem Finanzausschuss hatte außerdem Zugang zu vertraulichen Unterlagen. Sie haben sich ein Bild machen können und haben das auch getan.

Auch im Kabinett haben wir die Turbulenzen um die HSH Nordbank seit September vergangenen Jahres sechszwanzig Mal erörtert. Eine ganze Reihe von Informationsveranstaltungen kommt hinzu. Der Landtag hat das Thema mehrmals im Plenum und in den Ausschüssen behandelt. Der Finanzausschuss und der Beteiligungsausschuss haben intensiv dazu getagt. Das heißt, wer sich informieren wollte, der konnte dies auch tun und hat dies auch getan.

Herr Neugebauer, ich bedanke mich nochmals bei Ihnen als Vorsitzender des Finanzausschusses, dass Sie auf die Beratung so viel Zeit und Sorgfalt verwandt haben, und ich bedanke mich auch bei den Mitgliedern. Ich habe Respekt vor dieser Leistung, die auch die große Verantwortung des Parlaments widerspiegelt.

(Beifall bei CDU und SPD)

Auch ich nehme meine Verantwortung wahr, Schleswig-Holstein durch diese Krise zu steuern. Dieser Verantwortung bin ich bislang nachgekommen, und dieser Verantwortung werde ich weiter nachkommen. Ich tue das, weil ich an dieses Land und an seine Menschen glaube und weil ich fest davon überzeugt bin, dass wir alles tun müssen, was in unserer Kraft steht. Es ist eine Entscheidung, vor der wir nicht weglaufen können, und es ist eine Entscheidung, die wir auch nicht aufschieben können.

(Anhaltender Beifall bei CDU und SPD)

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Fraktion der FDP hat der Oppositionsführer, der Fraktionsvorsitzende, Herr Abgeordneter Wolfgang Kubicki, das Wort.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Superlative zur heutigen Entscheidung des Schleswig-Holsteinischen Landtags - betreffend das angebliche Rettungspaket zur HSH Nordbank, in Wirklichkeit aber die Ermächtigung der Regierung, über eine neu einzurichtende **Anstalt öffentlichen Rechts** Milliardenbeträge der HSH Nordbank mit erheblichem Verlustrisiko zur Verfügung zu stellen - sind bereits öffentlich benannt. Ich will sie nicht wiederholen. Aber es ist eine Entscheidung, die nicht nur Bauchschmerzen, Herr Ministerpräsident, sondern auch Kopfschmerzen verursacht.

Nach den Beratungen der letzten Wochen bin ich sicher, dass diese Entscheidung von allen Abgeordneten des Schleswig-Holsteinischen Landtags nach bestem Wissen und Gewissen getroffen wird und sich niemand vorhalten lassen muss, er handele verantwortungslos, gleich ob er zustimmt oder ablehnt.

(Beifall bei FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Es gibt für die jeweilige Haltung gute, zumindest aber vertretbare Gründe. Herr Ministerpräsident, verantwortungslos haben diejenigen gehandelt, die die HSH in diese Krise geführt haben, denn die ist nicht vom Himmel gefallen.

(Beifall bei FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die FDP-Fraktion hat sich, seitdem ich sie führe, keine Entscheidung so schwer gemacht wie die heutige. Ich will begründen, warum wir, und zwar jeder einzelne Abgeordnete für sich, zu der Entscheidung gelangt sind, dem Antrag der Landesregierung trotz der beachtlichen, gleichwohl hilflosen Resolutionsbeschlüsse der Großen Koalition unsere Zustimmung zu versagen.

In seiner Rücktrittserklärung hat der ehemalige Wirtschaftsminister Dr. Marnette, für dessen Tätigkeit zum Wohle des Landes Schleswig-Holstein ich ihm im Übrigen an dieser Stelle ausdrücklich danke,

(Beifall bei FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW sowie vereinzelt bei der SPD)

erklärt, das **Krisenmanagement** bei der Bewältigung der Probleme der HSH Nordbank, insbesondere durch den noch amtierenden Finanzminister Rainer Wiegand, sei unprofessionell gewesen. Ich will das an dieser Stelle nicht weiter bewerten. Ich will nur die weitere Erklärung Dr. Marnettes, es ha-

(Wolfgang Kubicki)

be erhebliche **Kontroll- und Sorgfaltspflichtverletzungen** gegeben, näher beleuchten und zu diesem Zweck auf die beachtliche und wohlbegründete Strafanzeige des Kollegen Dr. Gerhard Strate aus Hamburg vom 31. März 2009 zurückgreifen.

Rechtsanwalt Dr. Strate begründet seinen Vorwurf einer schweren Untreue mit der Verletzung der in § 93 Abs. 1 Satz 1 AktG normierten Verpflichtung der **Vorstandsmitglieder** einer Aktiengesellschaft, bei deren Geschäftsführung die Sorgfalt eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsleiters anzuwenden. Für die Mitglieder des **Aufsichtsrats** gilt dieser Maßstab gemäß § 116 AktG entsprechend.

Vorstand und Aufsichtsrat haben erkennbar - so Gerhard Strate - gegen die Sorgfalt eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsleiters verstoßen, als sie sich auf ein **Kreditersatzgeschäft** mit einem Volumen eingelassen haben, das in keinem Verhältnis zu den sonstigen geschäftlichen Aktivitäten der Bank stand, für das es keine ausreichende **Risikoanalyse** und kein ausreichendes Risikomanagement gegeben hat und das insgesamt nicht mit den Aufgaben einer mit Steuergeldern finanzierten und staatlich abgesicherten Bank in Einklang steht.

Dass es eine zentrale Erfassung des **Kreditersatzgeschäftes** mit Derivaten bei der HSH Nordbank nie gegeben hat, ebenso wenig eine zentral gesteuerte Risikokontrolle hinsichtlich der im Kreditersatzgeschäft erfassten Wertpapiere, ist bereits ein von wenig Verantwortung durch den Vorstand gezeichnetes Geschäftsgebaren. Denn dass das Kreditersatzgeschäft mit Derivaten mit erheblichen Risiken verbunden war, war bereits seit Mitte der 90er-Jahre bekannt und hat dazu geführt, dass der **Baseler Ausschuss** für Bankenaufsicht seine Richtlinien für das Risikomanagement im Derivatgeschäft herausgegeben hat, in denen es hinsichtlich des Risikomanagements bei derartigen Geschäften heißt:

„Wie bei allen risikobehafteten Tätigkeiten sollte das Risikoengagement im Derivatgeschäft vollständig durch eine angemessene Eigenkapitalbasis unterlegt sein. Das Institut sollte sich vergewissern, dass seine Eigenkapitalbasis stark genug ist, um alle Derivatrisiken auf vollständig konsolidierter Basis zu tragen, und dass in allen Konzerneinheiten, die im Derivatgeschäft tätig sind, angemessene Eigenmittel vorhanden sind.“

Dass das Verhältnis zwischen dem **Eigenkapital** in Höhe von 7,17 Milliarden € in 2006 und einem **CIP-Portfolio** in Höhe von allein 30 Milliarden € -

auch im Hinblick auf eine Bilanzsumme von 189 Millionen € 2006 - nicht stimmt, war von vornherein erkennbar.

Die Missachtung der Vorgaben des Baseler Ausschusses und die mangelnde Berücksichtigung der seit Mitte Mai 2005 einsetzenden Warnungen hinsichtlich der Immobilienblase in den USA ging bei den Mitgliedern des Vorstands der HSH Nordbank AG, ebenso bei den Mitgliedern des Aufsichtsrats, einher mit der bewussten Negierung der Aufgaben und Verpflichtungen einer Landesbank, die eben nicht Global Player, nicht größter Finanzierer der Welt für was auch immer ist, sondern **Kreditversorger der regionalen Wirtschaft**.

(Beifall bei FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Dass sich diese „**Schrottpapiere**“ auch in den Bilanzen anderer Banken wiederfinden, dass es andere ebenso gemacht haben, hilft nicht weiter, vor allen Dingen macht dies unsoliden Handeln nicht zu einem sorgfältigen, weil die Mehrheit der Banken sich eben gerade anders verhalten hat. Im „Handelsblatt“ vom 1. April 2009 wird vermerkt, dass nach Schätzungen von Finanzexperten in den Bilanzen deutscher Banken Risikowertpapiere mit einem Volumen von mehreren Hundert Milliarden Euro noch „schlummern“. Und es heißt dort weiter:

„Nach Ansicht von Steinbrück sind in Deutschland im Wesentlichen nur Landesbanken und wenige private Institute wirklich betroffen. Eine Bilanzbereinigung allein auf Kosten des Steuerzahlers lehnt der Finanzminister entschieden ab.“

Genau so soll jetzt aber beschlossen werden. Weder Flowers noch die Sparkassen werden zur Kasse gebeten.

Wir haben - dies haben wir bereits in der Vergangenheit mehrfach erklärt und auch untermauert - jegliches Vertrauen in den Vorstand der HSH Nordbank und den Aufsichtsrat verloren. Sie haben die HSH Nordbank in die Krise geführt, in der sie sich gegenwärtig befindet. Wir glauben nicht, dass ihre Vorstellungen wirklich geeignet sind, die Krise zu meistern. Sie dienen überwiegend der Verschleierung der eigenen Fehler der Vergangenheit.

(Beifall bei FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Da wir auch einen Brandstifter nicht mit der Leitung von Löscharbeiten des von ihm angezündeten Hauses betrauen würden, kann es keine Zustimmung zu dem uns präsentierten Vorschlag geben.

(Wolfgang Kubicki)

Dies gilt umso mehr, als jedes Entgegenkommen zugleich als Genehmigung des ursprünglichen Fehlverhaltens und als Mithaftung für all das erklärt und gedeutet wird, was im Vollzug an weiteren Fehlentscheidungen passiert. In diesem Zusammenhang ist die Aussage des Finanzsenators der Freien und Hansestadt Hamburg, Freytag, anlässlich der Bürgerschaftsdebatte am 1. April 2009 bezeichnend, zitiert nach dem „Hamburger Abendblatt“ vom 2. April 2009. Zitat:

„Auch Sozialdemokraten hätten 2003 der Fusion der Landesbanken aus Hamburg und Kiel zur HSH Nordbank zugestimmt, und das beinhaltete die Entscheidung, ‚dass die HSH Nordbank nicht die nette Regionalbank von nebenan sein soll‘, dass auch riskantere Geschäfte getätigt werden sollten. Freytag: ‚Das sind die Produkte, die uns jetzt um die Ohren fliegen. Und Sie sind genauso verantwortlich wie alle anderen‘.“

Dass CDU und SPD es darüber hinaus ablehnen - was wir für völlig unverständlich halten -, jedenfalls zunächst eine Entlastung von Vorstand und Aufsichtsrat für das Geschäftsjahr 2008, für das wir nunmehr mit 3 Milliarden € einstehen sollen, zu verweigern, tut ein Übriges.

(Beifall bei FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir halten die ins Auge gefassten Regelungen für nicht europarechtskonform. Die Landesregierung hat uns mitgeteilt, dass die geplanten Maßnahmen dem **europäischen Beihilferecht** unterfallen. Umso erstaunlicher ist, dass erst nach dem 18. März 2009 auf Arbeitsebene die Europäische Kommission mit den geplanten Vorhaben konfrontiert wurde. Denn nach Art. 88 Abs. 3 Satz 1 EG-Vertrag ist die Kommission von jeder beabsichtigten Einführung oder Umgestaltung von Beihilfen so rechtzeitig zu unterrichten, dass sie sich zustimmend äußern oder aber ihre Genehmigung verweigern kann.

Bereits hier wäre zu erwarten gewesen, dass auch uns eine - zumindest vorläufige - Stellungnahme der Europäischen Kommission vorliegt.

(Beifall bei FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Es ist schon bemerkenswert, wie wenig sich in der Vorbereitung der heutigen Sitzung die Landesregierung mit den europarechtlichen Problemen auseinandergesetzt hat. Der Beihilferichtlinie der Europäischen Kommission unterliegt nicht nur die **Garantierklärung** in Höhe von 10 Milliarden €, die abge-

geben werden soll, sondern auch die **Rekapitalisierung** der Bank durch die Zuführung weiteren Eigenkapitals. Da die Landesregierung selbst ihre Rettung als „Mini-SoFFin“ deklariert, wäre es sicherlich sinnvoll gewesen, die Vereinbarungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Kommission sowie die folgenden Mitteilungen der Kommission zur Europarechtskonformität des SoFFin und seiner Maßnahmen zu berücksichtigen.

Die **Leitlinien der Kommission** für die Rekapitalisierung von Banken sehen vor, dass für die Rekapitalisierung eine **Vergütung** zu zahlen ist. Die konkrete Höhe hängt bei einem prinzipiell gesunden Unternehmen des Finanzsektors - dazu zählt die HSH Nordbank nicht - von dessen Risikoprofil und der Art der Kapitalmaßnahme ab und liegt zwischen 7 % für nachrangige Darlehen bis zu 9,3 % für Stammaktien ähnliche Instrumente. Bei gefährdeten Finanzinstituten - hierzu gehört die HSH Nordbank AG - ist eine Vergütung in Höhe von mindestens 10 % aufzubringen.

Eine entsprechende Vergütung auf das der HSH Nordbank zur Verfügung gestellte Eigenkapital der Länder Hamburg und Schleswig-Holstein sieht das uns präsentierte Modell bisher nicht vor. Zwar kann das für die Rekapitalisierung geleistete Entgelt in einzelnen Fällen zunächst unter der vorgesehenen Höhe angesiedelt sein, aber die Höhe des Entgelts steigt mit der Dauer der staatlichen Beteiligung, um dem Unternehmen einen Anreiz zu geben, die **staatliche Beteiligung** sobald als möglich zurückzuführen.

Ich will dies jetzt nicht weiter ausführen, aber angesichts der Tatsache, dass ein konkreter **Zeitplan** für die Rückführung der Rekapitalisierungsmaßnahmen nicht besteht, werden uns die europarechtlichen Folgen auf absehbare Zeit noch erheblich beschäftigen.

(Beifall bei FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch für die **Vergütung der Garantie** steht deren Höhe doch bereits fest und ist mit der EU-Kommission nicht mehr verhandelbar, da die Bundesrepublik Deutschland der Kommission ausweislich der Beihilfeentscheidung Nummer 22 zugesichert hat, dass die marktgerechte Vergütung 0,5 % der Garantiesumme ist zuzüglich einer dem Credit Default Swap Spread des jeweiligen Finanzinstituts entsprechenden Risikoprämie, die bei der HSH Nordbank über 4 % liegt. Auch hieran wird deutlich, dass die

(Wolfgang Kubicki)

in den Planrechnungen eingesetzten Beträge deutlich zu gering sind.

In diesem Zusammenhang ist es schon befremdlich, dass der Vorstand der Bank zunächst 65 Millionen €, dann folgend 200 Millionen € an Genusscheininhaber und stille Beteiligte hat ausschütten wollen, die darauf weder gesetzlich noch vertraglich einen Anspruch hatten.

Erinnern wir uns: Auch dies war alternativlos. Auch dies diente dazu, angeblich den Abfluss von Milliardenbeträgen von der Bank zu verhindern. Die europarechtlichen Bedenken, die von mir anlässlich der Entscheidung der Kommission zur Bayerischen Landesbank im Finanzausschuss geäußert wurden, wurden einfach als unsinnig bezeichnet.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Hört, hört!)

Der eigentliche Skandal hieran ist nicht die Blindheit von Vorstand und Finanzminister, sondern der Versuch, zulasten der Steuerzahler des Landes Schleswig-Holstein und der Freien und Hansestadt Hamburg die erkannten **europarechtlichen Vorgaben** zu umgehen.

(Beifall bei FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Damals ahnten wir und heute wissen wir es genau, dass der **SoFFin** zur **Liquiditätsabstützung** bereitstand. Aber dass der Vorstand einer Bank und dass der den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern Schleswig-Holsteins verpflichtete Finanzminister dieses Landes an einer Umgehung rechtlicher Vorgaben mitwirkt zulasten eben des Landes, dessen Wohl er verpflichtet ist, ist Grund genug für eine Rücktrittsforderung.

(Beifall bei FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Der Bank war klar, dass sie das nicht durfte, was sie vorhatte. Deshalb hat der Vorstand der Bank mit Billigung des Finanzministers den **unberechtigten Zahlungsempfängern** eine einmalige **Vertragsanpassung** angeboten, um einen Rechtsgrund für die rechtsgrundlose beabsichtigte Zahlung zu schaffen. Man hat - so habe ich es formuliert - zunächst „Verträge“ geschenkt, um dann 64 Millionen € Steuergelder an Großanleger zu zahlen.

Herr Minister, nun sind die Verträge in der Welt, rechtswidrig, wie wir wissen. Sollte die Bank nunmehr verklagt werden und Zahlungen leisten müssen, sind Sie dafür persönlich verantwortlich, und wir werden sowohl parlamentarisch als auch außer-

parlamentarisch nichts unversucht lassen, Sie dafür auch persönlich in Regress zu nehmen.

(Beifall bei FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Vorstand, Aufsichtsrat und Landesregierung haben uns ein **Geschäftsmodell der HSH Nordbank** präsentiert, das sie für tragfähig halten. Die Zweifel an der Tragfähigkeit des Geschäftsmodells, die von Experten und den Oppositionsfraktionen in der Hamburgischen Bürgerschaft sowie im Schleswig-Holsteinischen Landtag geäußert wurden, sind nicht geringer, sondern stärker geworden. Nicht zuletzt sind sie auch durch den zurückgetretenen Wirtschaftsminister Dr. Marnette bestätigt worden, dem man jedenfalls nicht nachsagen kann, dass er nicht ein profunder Kenner der wirtschaftlichen Entwicklung und ihrer Auswirkungen auf Unternehmen und Banken ist.

Wir bestreiten nicht, dass der Mathematiker Professor Dr. Nonnenmacher eine Vielzahl von Modellen aufstellen und durchrechnen kann und die Ergebnisse stimmen, alles andere wäre ja auch ein Wunder. Wir bestreiten aber die Aussage des Finanzministers, die er regelmäßig wiederholt, die Prüfer und Berater auch der Landesregierung hätten die **Modellrechnungen der Bank** geprüft und bestätigt.

Niemand der Berater will dafür die Haftung übernehmen, dass die den Modellrechnungen zugrunde liegenden Annahmen zutreffend sind. Dass einige sie für plausibel halten, ist ebenso viel wert wie die Einschätzung des Ministerpräsidenten, er halte es für plausibel, dass sein Finanzminister von der Sache etwas versteht - offensichtlich ganz im Gegensatz zu einem ehemaligen Wirtschaftsminister, dessen Rücktritt er ja für notwendig erachtete.

Wir alle können lesen, dass sich die **makroökonomischen Rahmendaten** ständig verschlechtern, und ich kann sicher sagen, dass sie ausweislich der Expertise von internationalen Organisationen und selbst staatlicher Einrichtungen mittlerweile einen Stand erreicht haben, der dem Stressszenario in den Berechnungen der Bank entspricht, mit der Folge, dass bereits Ende 2009 das **eingesetzte Kapital** aufgezehrt sein wird.

Der Welthandel wird nicht wachsen, sondern zwischen 5 und 9 % abnehmen. Das Bruttoinlandsprodukt in Deutschland wird nicht um 2,25, sondern um mindestens 5 % schrumpfen. Die Krise am Weltschiffahrtsmarkt und damit bei den Reedereien wird nicht 2011 vorbei sein, sondern frühestens 2015, wie der Verband Schifffahrt und Meerestechnik anlässlich einer Anhörung im Wirtschaftsaus-

(Wolfgang Kubicki)

schuss vor einigen Tagen erläuterte. Die Immobilienpreise in den USA fallen weiter, die Lehrstände bei Gewerbeimmobilien in den Zentren, in denen die HSH Nordbank engagiert ist, steigen exponentiell. Die Kerngeschäftsfelder, die die Bank definiert und in denen sie ihre Erträge erwirtschaften will, brechen dramatisch ein, und die den Modellrechnungen zugrunde liegenden Wachstumspotenziale bestehen - übrigens auch nach eigener Auffassung bankintern - nicht, jedenfalls nicht in den nächsten Jahren.

Der Bundesfinanzminister hat in einem Interview im Magazin „Stern“ vom 2. April 2009 auf die Frage, wann es denn wieder aufwärts gehe, erklärt:

„Nobody know's, auch ich nicht. Machen wir uns nichts vor. Wir werden im Mai erhebliche Einbrüche bei den Steuereinnahmen haben - und das ist freundlich ausgedrückt. Die Arbeitslosenzahl wird steigen. Wir haben jetzt einen scharfen Absturz, aber aufwärts wird es irgendwann nur sehr, sehr langsam gehen. Das wird Jahre dauern. Wenn wir Glück haben, beginnt es 2010.“

Das sind die veränderten Rahmendaten, mit denen wir es heute zu tun haben, und wir stehen in Deutschland, wir stehen in Schleswig-Holstein am **Beginn der Krise**. Es wäre, es ist für jedermann selbst nachvollziehbar, dass sich die optimistischen Prognosen der HSH Nordbank in Luft aufgelöst haben, ebenso wie im Jahre 2008. Nur zur Erinnerung: Noch Mitte September 2008 prognostizierte die Bank - und der Finanzminister des Landes Schleswig-Holstein im Landtag - einen Gewinn von 400 Millionen €.

Mitte November stand die Bank vor der Pleite, wie es der Finanzminister bestätigte, und das, obwohl dieser Bank im Juli 2008 Eigenkapital in Höhe von 2 Milliarden € durch die Anteilseigner zugeführt worden war.

Wir können einer Regelung nicht zustimmen auf der Grundlage einer **Planung**, die wir für nicht tragfähig, ja sogar für unseriös halten.

(Beifall bei FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ein letztes Wort zu dem wohl unvermeidlichen **Untersuchungsausschuss**, den wir gemeinsam mit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW beantragen werden. Wir haben ihn nicht gewollt, aber er ist nach der Entscheidung in Hamburg unvermeidlich, da es weiße Flecken der Aufklärung nicht geben darf. Ich sage für meine

Fraktion bereits an dieser Stelle: Sollte sich herausstellen, dass dem Aufsichtsrat die Schieflage der Bank bereits seit mehr als einem Jahr bekannt war, ohne dass der Finanzminister unseres Landes das Parlament darüber unterrichtet hat, sollte es zutreffen, dass es keine einheitliche Struktur in der Bank, sondern mehrere Banken in der Bank gegeben hat, und sollte es zutreffen, dass es keine Risikoanalyse und kein Risikomanagement hinsichtlich der jetzt „toxisch“ genannten Papiere bei der HSH Nordbank gegeben hat, wird nicht nur der Finanzminister gehen müssen - was ich ohnehin für überfällig halte -, sondern dann wird die gesamte Regierung Peter Harry Carstensen beschädigt sein, und die Wählerinnen und Wähler werden - da bin ich mir sicher - im Mai 2010 über diese Art von Politik ein vernichtendes Urteil sprechen.

(Anhaltender Beifall bei FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Fraktion der CDU hat der Fraktionsvorsitzende, Herr Abgeordneter Dr. Johann Wadephul, das Wort.

Dr. Johann Wadephul [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nach sorgfältigen Beratungen und intensiver Abwägung der Risiken und Folgen stehen wir als CDU-Fraktion zu unserer politischen Verantwortung für unser Land Schleswig-Holstein und stimmen dem vorgelegten Vertragswerk schweren Herzens zu.

(Beifall bei der CDU)

Keine Entscheidung ist Abgeordneten in diesem Hause und wahrscheinlich auch in der Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg so schwergefallen, keine Entscheidung ist den Bürgerinnen und Bürgern so schwer zu erklären, und keine Entscheidung beansprucht das Vertrauen und Gewissen der Abgeordneten so sehr wie die vor uns liegende Abstimmung.

Gerade in den letzten Tagen nach dem Rücktritt von Wirtschaftsminister Dr. Marnette ist uns noch einmal die Komplexität und Schwierigkeit der vor uns liegenden Entscheidung über die Zukunft der HSH Nordbank vor Augen geführt worden. Herr Kollege Kubicki, in der Sache selbst hat sich entgegen Ihren Ausführungen allerdings nichts geändert. Der schwerkranke Patient HSH Nordbank schwebt

(Dr. Johann Wadephul)

gegenwärtig weiterhin akut in Lebensgefahr, unabhängig von möglichen Fehlern im Vorweg.

Wir müssen die **Notoperation** bei der **HSH Nordbank** jetzt vornehmen, sonst bleibt nur der Untergang der Bank mit gravierenden und unabsehbaren Folgen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, auch am **Bankenstandort Kiel**, für die **Schifffahrtindustrie** im Norden und für viele **Arbeitsplätze** in unserer Region. Meine Damen und Herren, eine solche Entscheidung ist aus Sicht meiner Fraktion nicht verantwortbar.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Kollege Kubicki, das bedeutet ausdrücklich nicht, dass man all dem ungeprüft zustimmt, was in der Vergangenheit in dieser Bank gemacht worden ist. Das haben die Koalitionsfraktionen schon in ihrer vergangenen Resolution in aller Deutlichkeit gesagt. Alles muss aufgearbeitet werden. Fehler, die gemacht worden sind, müssen identifiziert und auch denjenigen zugeordnet werden, die sie gemacht haben. Es kann nicht sein, dass der Mantel des Schweigens darüber gedeckt wird. Aber, Kollege Kubicki, bei allen Fehlern, die gemacht worden sind, haben wir jetzt eine Verantwortung für die Zukunft, und die müssen wir wahrnehmen.

(Beifall bei CDU und SPD)

Die **Hamburgische Bürgerschaft** hat ihren Beitrag zu der Hilfe geleistet. Jetzt ist Schleswig-Holstein am Zuge. Eine breite Mehrheit hat in Hamburg verantwortungsvoll und insbesondere beeindruckend zugestimmt. Ich möchte ausdrücklich hervorheben, dass die dortige Opposition, für die es nahegelegen hätte, sich ebenso zu verhalten wie die hiesige Opposition, die SPD in der Freien und Hansestadt Hamburg, die dort lange Verantwortung für die Stadt getragen hat, zugestimmt hat. Das hat mich beeindruckt, und das ringt mir Respekt ab.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich nehme das auf, was der Herr Ministerpräsident zu Herrn Marnette gesagt hat, der sich ja sehr substanziiert mit der Situation der Bank befasst hat. Er hat ausdrücklich in einem Interview des „Handelsblattes“ vom 30. März 2009 gesagt:

„Es gibt jetzt keine Alternative mehr zur Sanierung, schließlich erwartet auch die Finanzaufsicht BaFin diesen Schritt. Landtag und Bürgerschaft werden zustimmen müssen...“

(Zuruf des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Außerdem sieht auch die Bundesregierung keine Alternative zur **Stabilisierung** der HSH Nordbank. Kollege Matthiessen, wenn jetzt die Grünen einfordern, dass die zweite Lesung des Gesetzentwurfs zum Rettungspaket um weitere drei Wochen - der Ausschussvorsitzende hat die umfangreichen Beratungen angesprochen, die es so noch nie zuvor gab - verschoben werden soll, damit noch einmal über das **Geschäftsmodell**, noch einmal über den **Staatsvertrag** nachgedacht werden kann, muss ich Ihnen sagen: Wer das fordert, hat schlicht und ergreifend den Ernst der Lage der HSH Nordbank nicht begriffen.

(Beifall bei CDU und SPD)

Denn im Ausschuss haben die Fachleute von **SoFFin** und **BaFin** eindeutig gesagt - ich wiederhole es -: Erstens. Es gibt keine empfehlenswerte und besser geeignete Alternative zum vorgeschlagenen **Fortführungsmodell**. Kollege Kubicki, übrigens unabhängig vom konkreten Verlauf der Weltwirtschaftskrise. Es hat überhaupt keinen Zweck, sich hier hinzustellen und immer düsterere Szenarien, die ich auch lese, die auch ich zur Kenntnis nehme, vorzutragen. Es ändert doch nichts daran, dass wir in dieser konkreten Situation keine Alternative haben, oder Sie sagten sie uns jetzt. Das ist nicht geschehen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, deswegen müssen wir jetzt handeln.

(Beifall bei CDU und SPD)

Zweitens. SoFFin und BaFin sagen, das vorgeschlagene **Geschäftsmodell** erweist sich als trag- und zukunftsfähig.

Drittens. Das ist der Punkt hier und heute. Hier ist Rhodos, hier muss gesprungen werden. Wir haben für die Entscheidung nur wenig Zeit. Der vereinbarte **Zeitplan** muss eingehalten werden. Lieber Kollege Hentschel, deswegen nehmen Sie sich bitte die hamburgischen Kollegen der Grünen einmal zum Vorbild.

Ich darf an das erinnern, was ich in der vergangenen Sitzung hier gesagt habe und Herr Kerstan in der Hamburgischen Bürgerschaft vor zwei Tagen wörtlich ausgeführt hat - ich zitiere nicht jeden Tag einen grünen Politiker, aber wenn es wertvoll ist, soll es auch durchaus einmal geschehen.

(Jürgen Weber [SPD]: Wenn's mal passt!)

- Wenn es einmal passt, ja. - Er sagt:

„Zu der Entscheidung zu kommen, ist mir sehr schwergefallen und hat mich viele Nächte um den Schlaf gebracht. Dennoch bin

(Dr. Johann Wadehul)

ich zu der Auffassung gekommen, dass es keine verantwortbare Alternative zur Rettung der Bank gibt und dass wir jetzt auch die notwendigen Informationen haben, um diese Entscheidung auf der Grundlage belastbarer Daten treffen zu können.“

An anderer Stelle sagt er:

„Ich kenne niemanden, der mit den Zahlen der HSH Nordbank vertraut ist, der auch nur einen Hauch eines Zweifels daran hegt, dass an diesem Rettungspaket ein Weg vorbeiführt.“

Letztes Zitat, Kerstan:

„Aus der Verantwortung stehlen sollten wir uns nicht.“

Deswegen stelle ich ohne Bedauern fest: Einen grünen Politiker wie Kerstan haben wir in diesem Format in diesem Haus offensichtlich nicht. Das ist schlicht und ergreifend so.

(Beifall bei der CDU)

Herr Kollege Hentschel, Sie sprechen immer wieder von einer engeren Zusammenarbeit und von einem engen Zusammenwirken mit Hamburg. Enges Zusammenwirken mit Hamburg setzt voraus, dass man auch mit den dortigen Parteifreunden erst einmal in wichtigen Fragen gemeinsam auf eine Linie kommt. Wenn Ihnen das bei einer so wichtigen Frage innerhalb der grünen Partei schon nicht gelingt, dann weiß ich nicht, wie Sie dieses Konzept weiter verfolgen wollen. Deswegen sage ich den Grünen in aller Ernsthaftigkeit: Nehmen Sie sich ein Beispiel an den Grünen in der Hamburgischen Bürgerschaft, und stimmen Sie heute und hier zu!

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Zur CDU komme ich nachher!)

Ich möchte auf das eingehen, was der Kollege Kubicki hier noch einmal genannt hat. Er hat auf seinen Forderungskatalog mit den fünf Bedingungen hingewiesen. Sie haben sich etwas despektierlich zu unserer Resolution geäußert. Damit können wir locker leben. Wenn Sie sich den Katalog angucken und mit dem vergleichen, was wir heute unterbreitet haben, geht unser Antrag in der Substanz weit über das hinaus, was die Freien Demokraten hier vorgelegt haben, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei CDU und SPD)

Deswegen ist es mehr als widersprüchlich, nach der entscheidenden Ausschusssitzung in diesem Haus

zu sagen, da sei ja ein Boden in dem Fass erkennbar. Die FDP würde ernsthaft darüber nachdenken - ich sage das jetzt sinngemäß, aus der Erinnerung -, möglicherweise zuzustimmen.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Was?)

Jedenfalls ist darüber nachgedacht worden, ob man sich möglicherweise enthält, Herr Kollege Dr. Garg. Nur, aus dem Ausschuss herauszugehen und zu sagen, okay, in der jetzigen Lage können wir nicht anders, und sich dann heute hier hinzustellen und eine Art von Fundamentalopposition zu machen, passt nicht zum Ernst der Lage.

Herr Kollege Kubicki, bei dem einen Punkt, den Sie noch einmal ausdrücklich angesprochen haben, was die **Entlastung des Vorstands** zum jetzigen Zeitpunkt angeht, sind wir mit Ihnen einer Meinung, dass das derzeit nicht in Betracht kommt. Wenn das der Hinderungsgrund ist, dann sollten Sie das zur Kenntnis nehmen und vielleicht Ihr Abstimmungsverhalten hier im Parlament noch einmal überdenken. Zum jetzigen Zeitpunkt gibt es in der Tat keine Veranlassung, bevor die entsprechenden Berichte vorliegen, Entlastung zu erteilen. Diesen Blankoscheck werden wir jetzt nicht ausstellen können. Herr Kollege Kubicki und liebe Kollegen der FDP-Fraktion, wenn Ihnen das hilft, dann würde ich Sie herzlich bitten, an dieser Stelle doch zuzustimmen.

(Beifall bei der CDU)

Abschließend möchte ich auf die **Resolution** hinweisen, die die Koalitionsfraktionen hier gemeinsam vorgelegt haben und die für die Zukunft sehr klar definieren, was jetzt zu geschehen hat. Ich will das nicht in allen Einzelheiten sagen, aber jeder Jurist weiß, worum es dort im Einzelnen geht: um den **Garantievertrag**, in dem nachher die Entscheidungen zu treffen sind, wann und unter welchen Konditionen der Garant, also die Anstalt öffentlichen Rechts und damit letztlich auch die Länder, in Anspruch genommen wird.

Wir haben aber auch ganz klargemacht - das ist einhellige Auffassung der Koalitionsfraktionen -, dass wir für die Zukunft die **Einbindung des staatlichen Bankenrettungsfonds SoFFin** wollen. Das ist der politische Wille der Mehrheit dieses Hauses, meine sehr verehrten Damen und Herren. Den manifestieren wir heute auch in der Beschlussfassung.

(Beifall bei CDU und SPD)

Nach meinem Kenntnisstand ist es vorher allerdings nicht möglich gewesen, eine derartige Einbindung des SoFFin vorzunehmen. Wir sollten keine

(Dr. Johann Wadephul)

Geschichtsklitterung betreiben. Ich habe erlebt, dass der Kollege Stegner hier als Bote von Bundesfinanzminister Steinbrück aufgetreten ist und Botschaften des Bundesfinanzministers verkündet hat. Das irritiert mich jetzt doch ein wenig, weil ich die Gerüchte, dass Herr Steinbrück doch noch Spitzenkandidat werden würde, bisher immer für abwegig gehalten habe. Wenn es da aber jetzt so eine enge Zusammenarbeit gibt, kommt das ja vielleicht doch noch. Ich will das nur in aller Freundschaft sagen.

Der SoFFin ist am 27. November vergangenen Jahres handlungsfähig gewesen, und die Entscheidung musste eine Woche vorher getroffen werden. Deshalb sage ich aus Sicht meiner Fraktion: Die Landesregierung hat an dieser Stelle verantwortlich gehandelt. Sie konnte nicht anders handeln. Die Bank wäre im letzten November dicht gewesen - mit katastrophalen Folgen für Schleswig-Holstein, wenn man nicht gehandelt hätte. Deswegen gibt es hier die volle Unterstützung der Landesregierung seitens meiner Fraktion.

(Beifall bei der CDU)

Für die Zukunft heißt das eindeutig, dass wir natürlich über das Modell **SoFFin** nachdenken werden, und dass wir ihn in Anspruch nehmen wollen. Wir fordern die Landesregierung auf, dafür zu sorgen, dass dies auch geschieht. Im **Bundesrat** werden wir dafür hoffentlich irgendwann auch die Zustimmung bekommen. Heute ist das wohl leider nicht so, aber für die Zukunft müssen wir dort am Ball bleiben. Wir brauchen noch die ganze Bundesregierung an der Stelle. Denn den Bürgerinnen und Bürgern ist in der Tat nicht erklärlich, warum der SoFFin Geschäftsbanken rettet, aber unsere **staatlichen Banken** nicht retten soll. Das ist ein Wertungswiderspruch in sich. Deshalb sage ich: An der Stelle ist Föderalismus falsch. Staat muss auch Staat helfen. Deshalb muss der SoFFin auch hier in Anspruch genommen werden und die Möglichkeiten zur Verfügung stellen, unseren Landesbanken unter die Arme zu greifen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Abschließend- ich habe das in der vergangenen Sitzung auch schon gesagt -: Ich finde mittlerweile die Angriffe, denen unser Finanzminister an dieser Stelle ausgesetzt ist, unerträglich. Ich sage das in vollem Bewusstsein, dass Rainer Wiegard jemand ist, der sich hier nach vorn stellt - ich wiederhole das, was ich in der vergangenen Sitzung gesagt habe - und von „wir“ redet, sich vor die HSH Nordbank stellt. Manch einer in unserer Fraktion hat ihm geraten, sich aus taktischen Gründen etwas zurück-

zuhalten. Aber so ist er. Das ist auch ein Stück Charakterstärke, und das ist auch ein Stück Klarheit in der Person eines Finanzministers, auf den wir stolz sind, den wir unterstützen. Deshalb sage ich ganz klar: Dieser Finanzminister hat Großes geleistet in einer der schwierigsten Situationen, die das Land Schleswig-Holstein finanzpolitisch zu bewältigen hat. Er hat unsere volle Unterstützung. Rainer Wiegard, Ihnen viel Erfolg. Wir gehen diesen Weg weiterhin gemeinsam.

(Anhaltender Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke Herrn Abgeordneten Dr. Wadephul. - Das Wort für die SPD-Fraktion hat nun deren Vorsitzender, Herr Abgeordneter Dr. Ralf Stegner.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Landtag hat heute eine Entscheidung zu treffen, deren Dimension nicht überschätzt werden kann. 3 Milliarden € **Kapitalzufuhr** und 10 Milliarden € **Garantiesumme**, von der wir wissen, dass sie der Bank unmittelbar hilft, dass aber die Eintrittswahrscheinlichkeit und die Eintrittshöhe dieser Garantie höher ist, als uns lieb sein kann.

Wenn später einmal Studentinnen oder Studenten das Plenarprotokoll nachlesen, werden sie in der Tat eine Sitzung analysieren, die historisch genannt werden muss. Die SPD-Fraktion in diesem Parlament orientiert sich dabei an unserem Verständnis von Verantwortung, wie es Yehudi Menuhin formuliert hat: „Freiheit ist nicht die Freiheit zu tun, was man will, sie ist die Verantwortung, das zu tun, was man tun muss.“

Die Versuchung zu sagen: „Stopp, lass uns noch einmal alles prüfen, noch einmal nachdenken, noch einmal zurück auf Los“, ist groß. Es wäre für uns alle praktisch, mit dem Wissen von heute noch einmal im Oktober des letzten Jahres zu sein, noch besser, ein paar Monate davor. Das sind wir aber nicht. Wenn wir - und das wird doch auch die Opposition nicht mehr bestreiten können - heute diesem Staatsvertrag nicht zustimmen, können wir nicht mehr verhindern, dass die **Eigenkapitalquote** der HSH unter die Grenze von 4 % fällt. Dann müsste - laut dem BaFin-Chef, Herrn Sanio - die **Finanzaufsicht** ein Moratorium erlassen. Anschließend übernehme nach kurzer Zeit ein Insolvenzverwalter. Mit der **Insolvenz** der HSH Nordbank auch nur einen Moment zu spielen, halte er für verant-

(Dr. Ralf Stegner)

wortungslos. Eine **kontrollierte Abwicklung** würde unter dem Strich jedes Jahr eine Menge Geld kosten. In diesem Fall müssten die Eigner - also die Steuerzahler des Landes Schleswig-Holstein - eine Art Gewährträgerhaftung für die gesamten Passiva geben, damit die Abbaubank kapitalmarktfähig bliebe. Kurz: Dies wäre der Worst Case. Die BaFin macht das Licht aus - mit großem **Schaden** für die Finanzen des Landes Schleswig-Holstein, die Beschäftigten in der HSH Nordbank, die Beschäftigten in den Unternehmen, die mit Schiff- und Flugzeugbau zu tun haben, und, und, und.

Ich wiederhole an dieser Stelle, was ich hier schon zweimal gesagt habe: Nichtstun ist keine Option.

(Beifall bei SPD und CDU)

Es gibt zu der jetzigen Entscheidung zum jetzigen Zeitpunkt keine vernünftige und vertretbare Alternative. Dies hat übrigens selbst der so spektakulär aus dem Amt geschiedene frühere Wirtschaftsminister Dr. Werner Marnette genau so formuliert.

Aber - und dabei bleibe ich - es hätte im Herbst letzten Jahres die politische Möglichkeit gegeben - und ich meine ausdrücklich nicht nur den damals aktuellen Liquiditätsengpass der HSH Nordbank und nicht die Altlasten -, den **Bund** stärker in zukunftsfähige **Lösungskonzepte** einzubinden. Der Bund hat übrigens immer öffentlich erklärt, und zwar die Frau Bundeskanzlerin und der Herr Bundesfinanzminister -, dass er nach der Pleite der Lehman Brothers keinesfalls zulassen werde, dass eine weitere **systemrelevante Bank** - hieße sie Hypo Real Estate oder HSH Nordbank - untergeht.

Es wäre gut gewesen, wenn wir schon seit vier Monaten konkreter an dem Schritt zwei gearbeitet hätten, sodass heute halbwegs sicher wäre, dass Schleswig-Holstein die erheblichen Risiken für die künftigen Geschäfte der HSH Nordbank nicht fast allein zu tragen hätte.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Sorgen vieler Kolleginnen und Kollegen in diesem Landtag - ich glaube, das betrifft alle Fraktionen - gelten doch genau dem Punkt, dass wir heute noch nicht das Ende der Fahnenstange erreicht haben könnten. Eine frühzeitige gemeinsame Strategie mit dem Bund hätte dem Parlament meiner Meinung nach ein deutlich besseres Gefühl gegeben, auch wenn wir heute nicht anders handeln können.

(Vereinzelter Beifall bei SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dieser Landtag hat seit Beginn dieses Jahres überdeutlich gemacht, dass wir uns eine **Zusammenarbeit** mit dem Bund wünschen, ja, dass wir sie erwarten - um eben die zukünftigen Risiken für unser Land zu verringern und weil wir Veränderungen in der Landesbankenstruktur für zwingend notwendig halten.

Ich bin sehr froh, dass Bundesfinanzminister Peer Steinbrück wie auch der Chef des SoFFin, Dr. Hannes Rehm, glasklar ihre Bereitschaft zum konstruktiven Zusammenwirken erklärt haben. Übrigens: Der viel diskutierte Brief von Peer Steinbrück ist in gut verständlichem Deutsch geschrieben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der FDP)

Der Landtag erwartet, dass sich die Landesregierung - und ich wende mich ganz persönlich an Sie, Herr Finanzminister - heute ausdrücklich zu diesem Weg bekennt. Jetzt gilt es, ohne Wenn und Aber auf den Weg in Richtung Bund einzuschwenken.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir erwarten, dass Sie dem Landtag spätestens bis zum 1. September 2009 ein **Konzept** vorlegen, mit dem sichergestellt wird, dass die virtuelle und später reale **Trennung von Kernbank und Abbau-bank** vor dem 31. Dezember 2009 vollzogen ist, und das vorsieht, den **SoFFin** dementsprechend konkret in die Absicherungsrisiken der Kernbank einzubinden.

(Beifall bei der SPD)

Zu den Risiken des Modells gehört besonders die Notifizierungsnotwendigkeit in **Brüssel**, was sehr kompliziert ist. Das, Herr Finanzminister, hat der SoFFin schon erreicht, aber die BayernLB und die WestLB versuchen das seit Monaten. Die HSH Nordbank hat schwierige Verhandlungen in Brüssel vor sich. Ich habe schon in der letzten Sitzung darauf hingewiesen: Hier den Europaminister frühzeitig einzubinden, ist eine kluge Sache. Ich nenne nur einmal das Stichwort Marktüblichkeit der vorgesehenen 4-%-Vergütung. Das ist nur ein Stichwort unter vielen anderen.

Was tun wir denn, wenn die Schwierigkeiten in diesem Bereich größer werden? - Ich teile weiß Gott nicht alles, was der Herr Oppositionsführer hier formuliert hat, auch nicht den Stil, in dem er so manches vorträgt, aber der Punkt der **Notifizierung** in Brüssel, das ist ein sehr ernsthafter. Das sollen wir uns nicht leicht machen. Übrigens nimmt der

(Dr. Ralf Stegner)

SoFFin deshalb auch die Gebühren, die er nimmt, weil er das schon hinter sich hat.

Deswegen hilft es jetzt nicht, darüber zu klagen, dass die Frist im Bundesrat nicht verlängert wird, sondern es geht darum, dafür zu sorgen, dass wir innerhalb dieser Frist handeln können.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Wir müssen der Tatsache ins Auge sehen, dass es ohne den Bund nicht gehen wird. Das sage ich hier ohne Wenn und Aber. Das ist so. Das werden wir auch machen müssen. Da darf man sich nicht aus falsch verstandener Provinzialität oder weil man glaubt, man könne in einer Spielklasse mithalten, in der man nicht mithalten kann, dieser Einsicht verweigern.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ja, es wurden Fehler vor dem Zusammenbruch der Finanzmärkte gemacht. Dementsprechend haben wir bereits in der ersten Resolution gefordert, die **Ursachen** für die jetzige Situation der Bank aufzuarbeiten. Mit dem Rücktritt von Herrn Berger wurde die erste Konsequenz gezogen. Herr Peiner hat angekündigt, nicht erneut für den Aufsichtsratsvorsitz zu kandidieren. Ich will sagen: Eine stärkere Skepsis gegenüber Gutachtern, gegenüber Wirtschaftswissenschaftlern, gegenüber Ratingagenturen, gegenüber Wirtschaftsprüfern und Managern ist sicherlich eine notwendige und weitere Konsequenz. Allerdings finde ich es schon merkwürdig, wenn sich ausgerechnet die, die politisch den Dammbbruch in Richtung Marktradikalismus verursacht haben, jetzt als Schleusenwärter bewerben und mit demoskopischen Wasserständen prahlen.

(Beifall bei der SPD)

Das finde ich schon eine merkwürdige Rollenverteilung.

Finanzkontrolle zu verstärken, das haben wir gefordert, nicht die Besserwisser von heute. Das haben wir gefordert. Das Schöne ist im Übrigen, dass man solche Dinge nachlesen kann,

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Gott sei Dank!)

dass man sie nicht erfinden kann. Weil es Ihnen so viel Freude macht, wiederhole ich es zum dritten Mal. Das tue ich, damit es auch jeder hört. Es sitzen ja viele auf der Tribüne. Es ist der Bundesvorsitzende der Partei hier, die in der Hamburgischen Bürgerschaft nicht sitzt und hier in der Opposition ist, der im Bundestag letztes Jahr gesagt hat, Finanzkontrolle sei wie DDR ohne Zäune. Das will ich

noch einmal sagen, damit nicht der Falsche an die Wasserspitze geholt wird, um den Brand zu löschen, von dem wir hier reden.

(Beifall bei der SPD)

Sicherlich wurden auch nach dem **Zusammenbruch der Märkte** Fehler gemacht. Der Versuch der in jeder Hinsicht katastrophalen **Ausschüttung** der 200 Millionen € ist wohl der markanteste. Vielfach war die Informationspolitik etwas, von dem ich sagen muss, sie war unter aller Kanone - so muss ich mit Rücksicht auf die Frau Präsidentin sagen. Was sich die HSH Nordbank an Öffentlichkeitsarbeit geleistet hat, hat wirklich alles dazu getan, um das **Vertrauen** in die Führung der Bank zu erschüttern. Das muss ich ausdrücklich sagen.

Ich muss auch sagen, mir ist nicht wirklich erklärlich, warum immer auf die Kilomengen von Papier abgestellt wird, die dem Finanz- und Beteiligungsausschuss zugeleitet worden sind. Entscheidend ist doch, dass wir der Öffentlichkeit, dass wir den Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes erklären können, was wir tun, wieso wir es tun und wann wir es tun. Es sind nämlich nicht in erster Linie nur die Finanzfachleute, die die Situation der Bank und vor allem des Landes besser verstehen müssen. Insofern wäre es zum Beispiel schön gewesen, die etwa 50 Fragen und Antworten zur HSH Nordbank so darzustellen, dass man nicht Finanzfachausdrücke googeln muss, um zu verstehen, was wir hier tun. Wir alle erleben in unseren Veranstaltungen doch, dass wir den Menschen erklären müssen, warum wir heute eine solche Entscheidung treffen, die uns wahrlich schwerfällt.

Wir als Parlamentarier haben viele Fragen gestellt, wir haben viele Antworten bekommen; manche waren erschöpfender, manche waren es nicht. Sie wurden quer durch die Fraktionen unterschiedlich bewertet. Manche Antworten kann es nicht geben, andere hätte ich mir früher und besser aufgearbeitet gewünscht. Der Verweis auf Vertraulichkeit und Aktienrecht ist reichlich strapaziert wurden.

Eines stelle ich hier fest: Es ist dieses Parlament, das wohl einzigartig in der Bundesrepublik mit drei substantiellen **Resolutionen** für Transparenz, Klarheit und deutliche politische Richtungsaussagen gesorgt hat. Das war notwendig, das war gut, und das ist auch Anlass für selbstbewusste Wahrnehmung unserer schwierigen Verantwortung als Haushaltsgesetzgeber.

(Beifall bei der SPD)

(Dr. Ralf Stegner)

Lassen Sie mich Folgendes glasklar sagen: Diese Resolutionen sind nicht Ausdruck purer Meinungsäußerung des Parlaments, nein, sie sind **Richtungsvorgaben** für die Landesregierung.

Auch wenn Sie das heruntergeredet haben, Herr Oppositionsführer: Ich hätte mir gewünscht, dass die substanziellen Beiträge, wie sie aus den Regierungsfractionen gekommen sind, bei Ihnen stärker vorgekommen wären - nicht nur die Anklägerpose, die Sie besser können, obwohl Sie doch eigentlich von Hauptberuf Verteidiger sind. Sich dieser Punkte zu bekennen, um in der Substanz etwas vorzulegen, mit der man etwas anfangen kann, hätte ich mir durchaus gewünscht; ich hätte mir gewünscht, dass Sie nicht nur Anklagevorschriften vorgetragen oder Briefe vorgelesen hätten, die wir alle bekommen haben.

Natürlich muss es um die Aufarbeitung des Krisenmanagements gehen. Ich bezweifle allerdings, dass uns der angekündigte **Untersuchungsausschuss** dabei weiterhelfen wird. Die Einsetzung des Untersuchungsausschusses ist das gute Recht der parlamentarischen Opposition in Hamburg und in Schleswig-Holstein. Die SPD ist übrigens in der Sache nicht bange. Ich habe ausdrücklich Respekt vor den Kollegen in Hamburg, die sowohl den Untersuchungsausschuss gefordert als auch ihm in der Sache zugestimmt haben. Das ist durchaus Ausdruck von etwas, was Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten tun, andere weniger.

Ich will aber auch sagen: Unabhängig davon, ob ich es klug finde, die SPD wird den Untersuchungsausschuss in diesem Haus konstruktiv begleiten. Ich sage aber auch: Ich hoffe, dass das Interesse an der Information größer ist als das an der Inszenierung. Tägliche Skandalschlagzeilen helfen nämlich weder unserer Bank noch ihren Mitarbeitern, sondern - im Gegenteil - sie werden die Probleme der Bank verschärfen.

(Beifall bei SPD und CDU)

Ich sage das insbesondere an die Adresse derer, die sich so gern in den roten Lichtern der Kameras und den schneidigen Formulierungen sonnen.

(Heiterkeit und Beifall bei SPD und CDU - Wolfgang Kubicki [FDP]: Da kennen Sie sich aus! - Dr. Heiner Garg [FDP]: Da kennen Sie sich aus!)

- Ich will nicht bestreiten, dass ich in dieser Disziplin mithalten könnte. Aber ich habe eine andere Verantwortung, sehr verehrter Herr Oppositions-

führer. Dieser Verantwortung versuche ich - im Gegensatz zu Ihnen - gerecht zu werden.

Ein Untersuchungsausschuss wird übrigens auch nicht herausfinden, dass die Wirtschaftskrise in Hamburg oder in Schleswig-Holstein entstanden ist. Er wird auch nicht herausfinden, dass die Mehrheit der Aufsichtsratsmitglieder Politiker seien oder machtvolle Forderungen hier anwesender Weltökonominnen missachtet worden wären. All dies wird er nicht herausfinden. Vielleicht wird er sogar herausfinden, dass es nicht Herr Marnette gewesen ist, der im Kabinett die meisten kritischen Fragen gestellt hat, obwohl ja auch das vertraulich sein soll.

Bereits bekannt ist jedenfalls, dass ich selbst und andere Kollegen zu sehr den testierten Ergebnissen von Wirtschaftsprüfern vertraut haben. Das habe ich gemeinsam mit Herrn Professor Driftmann, mit Herrn Peiner, mit anderen im Aufsichtsrat. Dazu bekenne ich mich ausdrücklich. Ich glaube, dazu würden sich auch andere bekennen. Ich glaube, wir haben zu sehr auf den Sachverstand vertraut. Wir haben zu sehr auf den Vorstand gehört, auf den BaFin-Vertreter, auf den Vertreter der Bundesbank, auf die Ratingagenturen. Die waren bei den Aufsichtsratssitzungen immer dabei. Ich habe an anderer Stelle schon gesagt: Leider ist es nicht zulässig, aber ich persönlich wäre bereit, dass jedes Protokoll über Sitzungen veröffentlicht wird, an denen ich teilgenommen habe. Das will ich Ihnen deutlich sagen; manchmal wird nämlich der Eindruck erweckt, das hauptsächliche Problem sei, man habe etwas zu verbergen. Das ist nicht der Punkt.

Unabhängig von solchen Fehlern, die es gegeben hat - die will ich auch überhaupt nicht bestreiten -, kann ich nur sagen: Wer da ohne Fehler ist, werfe den ersten Stein.

Fatal wäre es allerdings, aus diesen Entwicklungen nichts zu lernen. Vielleicht gehen wir in dem parlamentarischen Untersuchungsausschuss auch der Frage nach, inwieweit es überhaupt sinnvoll sein kann, dass **öffentliche Unternehmen**, die deswegen öffentlich sind, weil sie unter anderem einen gemeinwohlorientierten Auftrag haben - ich rechne die Stützung der regionalen Wirtschaft durchaus dazu -, **privatwirtschaftliche Strukturen** haben sollten oder sich am Markt behaupten müssen. Hier ließen sich andere Unternehmensberater-Vokabulare beliebig verwenden. Ich habe schon oft mit Vertretern von Rating-Agenturen und solchen Leuten gesprochen, die mir immer erzählt haben, was der Staat alles nicht tun soll. Ich habe nie gehört, wir sollten mehr kontrollieren. Ich habe immer nur das Gegenteil gehört. Deswegen finde ich es manchmal

(Dr. Ralf Stegner)

ein bisschen merkwürdig, wenn wir über solchen Sachverstand reden.

Herr Oppositionsführer, wir haben uns einmal die Freude gemacht, zusammenstellen zu lassen, was Sie zu diesem Thema in den letzten zehn Jahren alles gesagt haben. Quantitativ war das eine Menge. Da lassen sich irgendwie gar keine Hinweise finden, dass Sie mehr Finanzkontrolle gefordert hätten, so gar nicht - nicht einmal in Spurenelementen -, sondern in der Regel immer das Gegenteil: Weniger Staat, lasst die in Ruhe, der Markt macht das besser!

Eingeleitet worden ist das alles mit Entscheidungen aus Brüssel. Die **HSH Nordbank** und ihr Geschäftsgebaren sind eben Ausfluss des **Wegfalls der Gewährträgerhaftung**, bei dem der Vorteil günstiger Kreditzinsen für die HSH weggefallen ist, die Erwartungen an die **Erfüllung der öffentlichen Aufgaben** aber geblieben sind. Dementsprechend logisch erscheint es mir zu versuchen, die mangelnden Erträge auf der einen Seite durch höhere Renditen mit anderen Geschäften ausgleichen zu wollen. Ich bitte die FDP ausdrücklich, in diesem Zusammenhang noch einmal darüber nachzudenken, ob es wirklich richtig ist, wenn sie weiterhin fordert, **Sparkassen in Aktiengesellschaften** umzuwandeln.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das ist keine Rechtsformfrage!)

Man könnte noch einmal darüber nachdenken, wenn man über solche Dinge redet. Die Sozialdemokraten halten das für falsch, will ich noch einmal ausdrücklich sagen.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich appelliere an alle, dass sich in dem kommenden parlamentarischen Untersuchungsausschuss Erkenntnisgewinn, Aufwand und potentieller Schaden für die Bank in einem vernünftigen Verhältnis bewegen, und sage noch einmal unsere konstruktive Mitwirkung zu.

All dieses entbindet uns nicht von der Notwendigkeit der heutigen Entscheidung. Die richtigen Lehren aus der Krise haben wir bereits in den vorherigen Resolutionen deutlich gemacht. In der Resolution, die wir heute beschließen, werden wir noch einmal konkret bei dem, was es heißt, die schleswig-holsteinischen Interessen nachdrücklich zu vertreten. Unsere Berater haben uns deutlich gesagt, dass es **Interessenkonflikte** geben kann zwischen dem, was die **Bank** richtig findet, und dem, was die **Ei-**

gentümer richtig finden sollten. Deshalb haben wir konkrete **Anforderungen** festgeschrieben, die wir an den **Garantievertrag** stellen.

Unsere Unterstützung für die Bank knüpfen wir an Bedingungen. Auch das ist etwas, was wir bereits gelernt haben. Wir wollen, dass die Interessen Schleswig-Holsteins als Geld- und Garantiegeber nicht nebenbei, sondern im Vorweg deutlich festgelegt und vertraglich abgesichert gewahrt werden. Auch dazu haben wir uns im Übrigen wieder Gutachtern bedient. Skepsis hin, Skepsis her, es geht nicht ohne sie. Da gilt es, für diese Branche auch gesetzlich die richtigen Anreize zu setzen und Interessenskonflikte auszuschließen beziehungsweise zu vermeiden.

Lassen Sie mich noch einmal auf die Perspektiven insgesamt zurückkommen. Ich fürchte, wir haben in der Krise das Ende der Fahnenstange noch nicht erreicht. Deswegen ist uns die **Risikoabsicherung** via **Bund** auch so wichtig. Ich glaube aber, dass es heute kein Zurück gibt. Wir müssen das, was die Kontrolle angeht, lernen. Wir müssen aber auch das lernen, was das Zusammenspiel von Privaten und Öffentlichen angeht, und dass die Strukturen dies auch ausdrücken müssen.

Das Leben ist konkret, es erlaubt eben nicht, darüber nachzudenken, was man gern möchte oder nicht. Manchmal muss man entscheiden. Die Kolleginnen und Kollegen der SPD-Landtagsfraktion sind dazu bereit. Wir haben sehr intensiv darüber beraten. Wir haben uns damit überhaupt nicht leichtgetan. Ich will auch nicht verhehlen, dass es in der Auseinandersetzung zwischen den Finanzpolitikern und den Nichtfinanzpolitikern einer Fraktion alle mächtig in Anspruch nimmt, darüber nachzudenken, ob das richtig ist, ob wir den richtigen Kurs haben. Es waren Tonnen von Papieren zur Kenntnis zu nehmen und aufzunehmen. Das war kompliziert.

Ich will all denjenigen ausdrücklich Respekt zollen, die das in einem quantitativ ungeheuer großen Ausmaß getan haben. Ich will aber auch all den anderen Respekt sagen, die mit gutem Gewissen Dingen zustimmen müssen, sich aber viel weniger damit haben beschäftigen können. Sie machen es sich überhaupt nicht leicht. Wir wissen, dass das, was wir heute entscheiden, Spielräume einschränken wird. Ich füge trotzdem hinzu: Wir werden nicht den Eindruck erwecken, dass wir zur Rettung von Banken mit allen Folgen Milliarden an Garantien geben und dass das zulasten derjenigen gehen soll, die das nicht verursacht haben.

(Dr. Ralf Stegner)

Am Ende dieser Rede bleibt mir zu sagen: Wir wollen, dass die Landesregierung dem Landtag spätestens bis zum 1. Oktober 2009 - gegebenenfalls mit potentiellen Partnern - ein entwickeltes **Konzept über die Rolle der HSH** in einer künftigen **Landesbankenstruktur** in Deutschland vorlegt. Das wäre dann unser Beitrag zu dem dringend notwendigen neuen internationalen Finanzsystem. Der Philosoph Lichtenberg sagt: „Die Klugheit eines Menschen lässt sich aus der Sorgfalt ermesen, womit er das Künftige oder das Ende bedenkt.“

In diesem Geiste sollten wir als Parlament heute handeln. Wir wollen das Notwendige tun und gleichzeitig das Maß an Vorsorge treffen, das uns möglich ist. Die SPD-Fraktion stellt sich dieser Verantwortung.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke Herrn Abgeordneten Dr. Stegner. - Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Fraktionsvorsitzende, Herr Abgeordneter Karl-Martin Hentschel, das Wort.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir sollen heute über die größte finanzielle Transaktion entscheiden, über die dieses Parlament je entschieden hat. Für meine Fraktion sind dabei folgende Fragen entscheidend. Erstens. Gab es eine Alternative dazu, dass die **Kreditlast** und die **Garantien** allein von Hamburg und Schleswig-Holstein getragen werden?

Zweitens. Entspricht das vorliegende Gesetz mit dem vorliegenden **Geschäftsmodell** und dem vorliegenden **Staatsvertrag** den Interessen des Landes?

Drittens. Müssen wir heute entscheiden, oder haben wir noch eine andere Option?

Viertens. Trauen wir den handelnden Personen zu, den nötigen Reformprozess der Bank im Interesse des Landes zu steuern?

Ich komme zur ersten Frage. Gab es eine Alternative? - Ja, es spricht alles dafür, dass es eine Alternative gab. Ex-Minister Marnette hat ausdrücklich bestätigt, dass er in Kenntnis davon sei, dass der **SoFFin** für die **Rekapitalisierung der Bank** früher hätte ins Boot geholt werden können, wenn man die

erforderlichen Maßnahmen dafür rechtzeitig getroffen hätte. Dass es eine Alternative gab, dafür spricht auch die Aussage von Ralf Stegner, der immerhin der Fraktionsvorsitzende einer Regierungspartei ist. Er sagte am 30. März nach einem Gespräch mit dem Bundesfinanzminister:

„Der Bundesfinanzminister habe ihn autorisiert mitzuteilen, dass es Angebote an den Ministerpräsidenten gegeben habe zu helfen. Aber offensichtlich habe man die damit verbundene Aufsicht durch das SPD-geführte Finanzministerium in Berlin nicht gewollt.“

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das kann ich verstehen!)

Genau dieser Minister Steinbrück schrieb uns gestern in einem Brief an den Finanzausschuss, aus dem ich Ihnen die entscheidende Passage vorlese, denn unser Finanzminister, Herr Wiegard, behauptete doch gestern tatsächlich, diese Tatsache sei sibiyllinisch und missverständlich. Dort steht:

„Die Landesregierung hatte vor diesem Hintergrund prinzipiell zwei Möglichkeiten: Erstens...eine Rekapitalisierung über den SoFFin...Die Landesregierung hat sich seinerzeit gegen diesen Weg entschieden.“

(Zurufe von der CDU)

„Stattdessen hat sich die Landesregierung für die zweite Möglichkeit einer Unterstützung über Garantien...entschieden.“

(Zuruf von der CDU: Unvollständig!)

Das ist das Ende des Zitats. Für jeden, der Deutsch kann, sind diese Worte glasklar.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Jeder, der das Vergnügen hatte, mit dem Bundesfinanzminister zusammenzuarbeiten, der weiß, dass er keineswegs ein Freund von sibiyllinischen Formulierungen ist, was immer man ihm sonst auch vorwerfen kann. Im Gegenteil! Sie, Herr Wiegard, versuchen seit Monaten, uns mit sibiyllinischen Äußerungen an der Nase herumzuführen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Wenn Ihnen aber eine Aussage von Herrn Steinbrück nicht reicht, dann lese ich Ihnen jetzt noch vor, was Ihnen Ihre eigenen Leute aus dem Ministerium in Antwort auf eine Frage von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN am 30. März aufgeschrieben haben. In dieser Frage wollten wir wissen, wieso der

(Karl-Martin Hentschel)

Minister die EU nicht schon im Dezember gefragt hatte, ob eine **Dividendenzahlung** erlaubt sei, wenn ein Konzern **Staatshilfen** bekomme. Damals hatte die Bank nämlich die ersten Dividenden über 64 Millionen € angekündigt. Siehe da, Herr Minister, Ihr Ministerium antwortete:

„Die Entscheidung, die Kernkapitalerhöhung und Risikoabschirmung nicht über den SoFFin unter dem Finanzmarktstabilisierungsgesetz, sondern durch die Anteilseigner Hamburg und Schleswig-Holstein vorzunehmen, ist erst 2009 gefallen.“

Herr Finanzminister, ich halte fest: Erstens. Es gab eine Entscheidung, was Sie immer bestritten haben. Es war kein Diktat des SoFFin, wie Sie immer behauptet haben. Zweitens. Die Entscheidung fiel erst im Februar. Herr Minister, Ihre Märchenstunden für dieses Parlament sind am Ende, es reicht uns.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Ihr Ministerpräsident hat personelle Konsequenzen angedroht. Ich kann Ihnen nur empfehlen, dem zuzukommen.

Kommen wir zur zweiten Frage: Ist das vorliegende **Geschäftsmodell** die beste Alternative für das Land, oder gibt es eine Alternative? - Herr Minister, Sie sagen, die Bank habe das für sie beste Modell ausgewählt. Die Berater des Landes und der SoFFin haben geprüft, ob das Modell plausibel ist. Sie sagen, es sei also gut für das Land.

Genau das ist aber ein Trugschluss. Wenn es **Garantien** für alte Portfolien des Landes gibt, dann liegt es geradezu im höchsten Interesse der HSH, dass diese Garantien auch gezogen werden. Umso eher ist die Bank nämlich entlastet, umso besser steht sie hinterher da. Das **Land** ist dann aber angeschmiert, weil es das Geld der Steuerzahler los ist. Genau das haben im Übrigen die Gutachter der beiden Regierungsfractionen von Sal. Oppenheim aufgeschrieben:

„Grundsätzlich werden sich in verschiedenen Konstellationen Interessenkonflikte zwischen der HSH Nordbank AG und den Garanten ergeben. ... Sollte ein Kredit über die Garantie abgesichert sein, könnte es aus Sicht der Bank unter Umständen ökonomisch sinnvoller sein, die Garantie in Anspruch zu nehmen, während der Garant den späteren erhöhten Erlös wählen würde.“

Dann kommt der Hammer:

„Zu bedenken ist an dieser Stelle, dass der Vorstand der HSH Nordbank AG nach Abschluss der Garantie rechtlich verpflichtet ist, diese Rechtsposition aus der Garantie im Sinne der HSH Nordbank zu nutzen.“

Das heißt, solange nicht klar ist, was die **Abbaubank** und was die **Kernbank** ist, was eigentlich genau abgesichert werden soll, was nach Ihrer Aussage noch 12 Monate lang dauert, Herr Minister, solange läuft das Land Gefahr, Milliarden € in die Bank zu pumpen und hinterher wie der Dumme dazustehen, wenn Sie das nicht gesetzlich regeln.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wohlgemerkt, das sind keine Erfindungen von mir. Das sind Zitate der Gutachter.

Wie reagieren die Regierungsfractionen auf diese Erkenntnis? - Sie ändern nicht etwa das Unternehmensmodell. Sie ändern auch nicht das Gesetz über die Garantievergabe. Stattdessen kommen sie hier zum dritten Mal mit einer **Resolution** in den Landtag, die weder eine Rechtswirkung gegenüber der HSH Nordbank noch eine Rechtswirkung gegenüber dem Garantiefonds entfaltet. Das ist nicht verantwortungsvoll.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Herr Stegner, im Übrigen sage ich: Allein die Tatsache, dass Sie zu jeder Landtagstagung mit einer neuen Resolution kommen, ist schon bemerkenswert. Wenn die Opposition Sie nicht ständig weitertreiben würde, dann wären Sie wahrscheinlich zu gar keiner Resolution gekommen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Stegner?

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Nun ja.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Lieber Herr Kollege Hentschel, sind Sie der Auffassung, dass, wenn der Landtag hier mit Mehrheit Resolutionen beschließt, die Landesregierung daran gebunden ist, das umzusetzen, was der Landtag beschließt? Das ist die erste Frage.

(Karl-Martin Hentschel)

Die zweite Frage lautet: Können Sie mir bitte einmal sagen, mit welchen konkreten Anträgen Sie die Landesregierung aufgefordert haben, zu bestimmten Dingen konstruktiv Stellung zu nehmen?

- Zum Zweiten: Wir haben hier jede Landtagstagung einen Antrag vorgelegt. Sie können die gern nachlesen; wenn Sie das nicht mitbekommen haben, dann tut es mir leid.

(Dr. Johann Wadephul [CDU]: Nur Berichts-anträge!)

Bei der Frage, ob die Regierung das tut, was die Regierungsfaktionen wollen, da habe ich manchmal meine Zweifel, wenn ich höre, was die Minister so sagen. Ich denke nur mal an das Thema Atomenergie, bei dem der Wirtschaftsminister regelmäßig andere Positionen vertreten hat, als sie im Koalitionsvertrag stehen. Da kann ich nur sagen: Das ist Ihr Problem, nicht unseres.

(Jürgen Weber [SPD]: Wir reden von Parlamentsbeschlüssen!)

- Ja, von Parlamentsbeschlüssen. Parlamentsbeschlüsse binden maximal die Regierung.

(Birgit Herdejürgen [SPD]: Darum geht es doch!)

Sie binden aber nicht Banken. Wenn Sie Banken binden wollen, müssen Sie auch ein Gesetz verabschieden. Dafür sind Gesetze nun mal da.

Ich erinnere hier noch einmal an die Aussage von Ex-Minister Marnette in seinem Fernsehinterview am 30. März.

„Wissen Sie, es weiß keiner, wie die Abbau-bank heute aussieht. Die Kernbank ist noch nicht bewertet worden.“

Meine Damen und Herren, so leichtfertig dürfen wir nach all dem, was passiert ist, nicht **13 Milliarden €** freigeben. Das sind Gelder der Bürger unseres Landes, für die wir Verantwortung tragen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich komme jetzt zur dritten Frage: Müssen wir heute entscheiden? - Immer wieder wurde in den letzten Tagen gesagt, es gibt zu dieser Entscheidung keine Alternative - immer wieder das Gleiche. Das wurde übrigens im Januar schon gesagt. Ich sage: Nein! Wir schlagen Ihnen vor, dass die Entscheidung um drei Wochen vertagt wird, und ich werde es auch begründen.

Sie sagen, das gehe nicht, die Grünen hätten in Hamburg auch zugestimmt und sogar die SPD. Ich bin da anderer Auffassung.

Herr Sanio von der **Bankenaufsicht** hat genau auf diese Frage von mir im Finanzausschuss gesagt, dass eine zeitnahe Entscheidung erforderlich ist. Er hat dafür aber keinen Termin gesetzt und explizit Verständnis dafür geäußert, dass eine gründliche Beratung im Parlament erfolgt.

Eine **Frist** von drei Wochen dürfte beiden gerecht werden.

(Klaus-Peter Puls [SPD]: Bis Ende März, hat er gesagt!)

- Er hat keinen Termin genannt. Lesen Sie es nach!

(Zurufe)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Wadephul?

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Oh ja.

Dr. Johann Wadephul [CDU]: Herr Kollege Hentschel, würden Sie dem Haus freundlicherweise bitte einmal erklären, was Sie in drei Wochen anders entscheiden wollten als heute?

- Ja, dazu komme ich jetzt; da müssen Sie nur lauschen.

Ich bin ganz sicher, dass Herr Sanio, wenn wir ihm klar signalisieren - und das tut unsere Resolution -, dass wir am 24. April entscheiden wollen, eine **systemrelevante Bank** bis dahin nicht zumacht.

In dieser Zeit könnte der **Staatsvertrag** so überarbeitet werden - und jetzt komme ich zu Ihnen, Herr Wadephul -, dass die von uns genannten Punkte eingearbeitet werden. Dazu gehört, dass das **Geschäftsmodell** eine schnellstmögliche **Trennung von Abbaubank und Kernbank** vorsieht und darauf ausgerichtet wird, dass zum schnellstmöglichen Zeitpunkt eine Bereitstellung von Kapital für die Kernbank durch den **SoFFin** möglich wird. Dazu gehört auch, dass das Geschäftsmodell auf einen schnellstmöglichen **Ausstieg des Landes** optimiert wird.

Weiterhin wollen wir, dass im Staatsvertrag sichergestellt wird, dass das **Risikomanagement** der

(Karl-Martin Hentschel)

Bank so verbessert wird, dass Geschäfte mit erheblichem Verlustpotenzial künftig vermieden werden. Wir wollen einen weiteren Fehler beheben, den wir damals bei der Gründung der HSH gemacht haben

(Zuruf des Abgeordneten Hans-Jörn Arp [CDU])

- ja, haben wir -: Wir wollen einen verbindlichen **Verhaltenskodex**, einen Corporate-Governance-Kodex für die HSH auf einem Standard festlegen, wie er in anderen international tätigen Firmen längst üblich ist. Dazu gehören ethische Kriterien für die Geschäfte der Bank im Hinblick auf ökologische und soziale Standards ebenso wie klare Aussagen zu den Themen Korruption und Steuerumgehung.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zuruf des Abgeordneten Werner Kalinka [CDU])

Was für Konzerne wie Bertelsmann und Daimler-Benz heutzutage selbstverständlich ist, sollte für ein Unternehmen, das sich überwiegend in Staatshand befindet, auch möglich sein.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Zu einem solchen Kodex gehören ebenfalls die von Ihnen angekündigten Begrenzungen der **Vergütungen** von Aufsichtsrat, Vorstand und leitenden Mitarbeitern. Wir greifen dabei einen Vorschlag auf, den die Minister Steinbrück und Steinmeier in ihrem Papier zur Kontrolle der Kapitalmärkte vorgeschlagen haben. Wir schlagen vor, dass Aufsichtsräte und Vorstand rückwirkend an **Verlusten** teilweise beteiligt werden, und wir schlagen vor, dass sie sich nur in begrenzter Höhe gegen die rückwirkende Verlustbeteiligung versichern dürfen.

Damit die **Umsetzung** dieses Plans in drei Wochen möglich ist, schlagen wir vor, nach dem Vorbild Bayerns eine **Kommission** einzurichten, die Einblick in alle Unterlagen hat. An dieser Kommission sollen neben Experten und SoFFin auch alle Fraktionen beteiligt sein, damit diese anschließend wissen, was verabschiedet wird. Was in Bayern möglich ist, sollte vielleicht auch in Schleswig-Holstein möglich sein.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Und noch etwas: Was überhaupt nicht geht - damit komme ich zu Ihnen, Herr Biel; Sie sind ja neu hier, aber ich denke, man kann Sie schon mal ansprechen -, ist, dass der neue Wirtschaftsminister

Biel erklärt, er wolle mit alledem nichts zu tun haben. So nicht, Herr Biel!

(Zuruf)

- Es kann ja sein, dass ich die Zeitung wieder falsch verstanden habe, Herr Ministerpräsident. - So nicht, Herr Biel! Wir erwarten, dass der Wirtschaftsminister Folgendes vorlegt: Stellungnahmen erstens über die **Auswirkungen** des Geschäftsmodells auf die **regionale Wirtschaft** und zweitens über die Plausibilität der **Prognosen** zu den kritischen Geschäftsfeldern Schiffsfinanzierungen, Immobilien und Transport.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn das geschehen ist, dann treffen wir uns hier am 24. April wieder und verabschieden ein Gesetz, das den Ansprüchen, die wir haben, genügt. Das sind wir den Bürgern von Schleswig-Holstein schuldig.

(Dr. Johann Wadephul [CDU]: Das machen wir mit Sicherheit nicht!)

Ich komme jetzt zu meiner vierten und letzten Frage: Trauen wir den handelnden Personen zu, den nötigen Reformprozess der Bank im Interesse des Landes zu steuern? - Dazu eine kleine Geschichte. Letzte Woche war Ex-Wirtschaftsminister Marnette auf meine Einladung hin bei uns in der Fraktion. Auf die Frage von Frau Heinold, was er denn dazu sagen würde - es war gerade bekannt geworden -, dass die **EU** die **Dividendenzahlungen** in Höhe von über 200 Millionen € untersagt hatte, stellte sich heraus, dass er davon nichts wusste. Fünf Tage nachdem der Finanzminister die Mitteilung von der EU bekommen hatte, hatte er nicht mal seinen Kabinettskollegen aus der eigenen Partei informiert. Wie muss sich ein Wirtschaftsminister der CDU gefühlt haben, dass er eine solche Hiobsbotschaft auf der Fraktionssitzung der Grünen erfährt?

Dass ein Minister dann die Schnauze voll hat und in den Dutt haut, das braucht wirklich niemanden zu wundern.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP] - Weitere Zurufe)

Herr Biel, ich finde, wenn Sie für eine solche Partei in einem solchen Zustand keinen Wahlkampf machen wollen, dann hat das Stil und spricht für Sie.

In den letzten Monaten ist gegenüber dem Parlament immer wieder getrickst und mit Falschaussagen gearbeitet worden. Falsche Gewinnerwartungen wurden verbreitet, die sich im Nachhinein als Milliardenverluste herausstellten. Falsche Aussagen

(Karl-Martin Hentschel)

wurden verbreitet, dass die Dividendenausschüttungen EU-konform seien. Es wurden rückwirkend Verträge geändert, um Geschäftspartnern 64 Millionen € Sonderdividenden zukommen zu lassen, obwohl Sie wussten, dass das in Bayern bereits untersagt war. Es wurden Sonderprüfungen versprochen, die nach Aktenlage zwar geplant, aber explizit nicht durchgeführt worden sind. Und es wurde monatelang vorgemacht, es hätte nie eine Alternative zur Bereitstellung einer Landesbürgschaft bestanden. Nach all dem ist mein **Vertrauen** in die handelnden Personen erschöpft.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich kann nur konstatieren: Am letzten Sonntag ist leider der falsche Minister zurückgetreten. Das ist nicht nur meine Meinung, das wird Ihnen auf der Straße jeder sagen.

Wir werden deshalb gemeinsam mit FDP und SSW einen **parlamentarischen Untersuchungsausschuss** beantragen, weil wir wissen wollen, wer wann was gewusst hat, weil wir wissen wollen, wie die Entscheidungen im Aufsichtsrat und im Kabinett zustande gekommen sind. Wenn Sie, Herr Ministerpräsident, keine Konsequenzen ziehen, dann muss die Opposition das Ihrige tun, damit das alles aufgeklärt wird.

Nun zu Ihnen, Herr Carstensen! Gestatten Sie mir an dieser Stelle noch ein Zitat eines Ihrer Ex-Wirtschaftsminister - nein, ich meine nicht Marnette, ich meine Austermann. Er sagte vor drei Tagen: Wenn Entscheidungen immer direkt von einem Einzelnen getroffen werden und die anderen keine Rolle spielen, fragt sich doch mancher Minister: Was soll ich hier überhaupt? - Da kann ich nur sagen, Herr Austermann hat ausnahmsweise recht.

Einsame Entscheidungen im Staatskanzleibunker ohne jede Rückkopplung und das Ignorieren von Staatssachverständigen sind keine Grundlagen für verantwortungsvolle Entscheidungen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich beobachte mit einigem Entsetzen die Debatte, die sich die CDU zurzeit leistet. Eigentlich könnte ich mich ja freuen. Wenn sich aber in der größten Krise der Geschichte des Landes, wo wir im Landtag über Milliardenhilfe für unsere marode Bank entscheiden müssen, die größere Regierungspartei, die Partei des Ministerpräsidenten, in einem öffentlichen Personalkrieg zerfleischt, dann ist das nicht beruhigend. Ich kann den Kollegen von der Union

nur den Tipp geben: Lassen Sie sich auch im Interesse des Landes dieses Trauerspiel nicht länger bieten!

Meine Damen und Herren, ich fasse zusammen. Erstens: Es gab Alternativen zur Bereitstellung der 13 Milliarden.

Zweitens: Der Staatsvertrag und das Geschäftsmodell sind nicht im Hinblick auf die Interessen des Landes optimiert.

Drittens: Wir müssen nicht heute entscheiden.

Viertens: Wir haben kein Vertrauen in die handelnden Personen.

Kolleginnen und Kollegen von der SPD und der CDU, nach dem, was ich von vielen von Ihnen in den letzten Tagen gehört habe, geht es den meisten von Ihnen genauso wie uns.

(Frank Sauter [CDU]: Das weise ich zurück!
- Weitere Zurufe)

Sie können und dürfen diesem Gesetz nicht zustimmen. Die drei Oppositionsparteien werden deshalb bei der Abstimmung über das Gesetz namentliche Abstimmung beantragen, und das tue ich hiermit, Frau Präsidentin. Es geht um 13 Milliarden € - 13 Milliarden €!

„Wo aber Gefahr ist, wächst das Rettende auch“, sagte Hölderlin. Deshalb: Wachsen Sie über sich hinaus, und stimmen Sie unserem Antrag zu!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke Herrn Abgeordneten Karl-Martin Hentschel. - Das Wort für den SSW im Landtag hat nun Herr Abgeordneter Lars Harms.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wie können wir die HSH Nordbank retten, und wie können wir Schleswig-Holstein vor der HSH Nordbank retten? Das sind die zwei Fragen, mit denen wir uns heute auseinandersetzen.

Um die Antwort gleich vorwegzunehmen: Die HSH sollten wir retten, das Land aber müssen wir retten. Mein primäres Interesse als Abgeordneter des SSW im Schleswig-Holsteinischen Landtag ist das Wohl des Landes Schleswig-Holstein.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Lars Harms)

Dies sehen allerdings nicht alle so, schon gar nicht die Landesregierung. Die Landesregierung hat in den letzten Wochen eindrucksvoll bewiesen, dass sie ihre Politik lieber von den Interessen einer Bank bestimmen lässt, als bedingungslos das **Wohl der Bürgerinnen und Bürger** des Landes im Auge zu haben. Was die davon halten, konnten wir am Mittwoch in einer **Umfrage** des Instituts für Marktforschung, Leipzig, erfahren: 42 % der befragten Schleswig-Holsteiner finden das Krisenmanagement der Landesregierung in Sachen HSH Nordbank „dilettantisch“. Sogar der eigene ehemalige Wirtschaftsminister bescheinigt der Landesregierung „Unprofessionalität“.

Wie wir alle wissen, ist die HSH Nordbank nicht die einzige **Landesbank**, der es nach der Finanzkrise schlecht geht. Aber keine andere Bank hat es geschafft, ihre Landesregierung so zu instrumentalisieren und gleichzeitig Parlament und Bevölkerung so gegen sich aufzubringen. Was ist eigentlich schiefgelaufen, dass beim Thema **HSH Nordbank** so viele das Weite suchen, übrigens auch unser Ministerpräsident?

Nicht nur, dass wir es mit einem völlig überforderten Aufsichtsrat zu tun haben, besonders das dubiose Verhandlungsgeschick und die nebulöse Informationspolitik der Regierung und der Bank haben dazu geführt, dass dieses Parlament heute nicht gemeinsam für den vorgeschlagenen Weg zur Rettung der HSH stimmen wird.

Aus Sicht des SSW ist es untragbar, dass wir seit November letzten Jahres einerseits keine Zahlen, Gutachten oder Stellungnahmen zur Situation und Zukunft der HSH Nordbank vorgelegt bekommen haben und andererseits weder Handlungsspielräume noch Alternativlösungen zur Rettung der Bank bekannt gegeben wurden, die wir hätten diskutieren können. Stattdessen mussten wir erst jede Information einfordern, wurden mit Spekulationen abgespeist und wissen so bis zur heutigen Entscheidung nicht, welche **Konsequenzen** die HSH-Entscheidung für das Land haben wird.

Unser am Sonntag zurückgetretener Wirtschaftsminister Marnette hat verstanden, dass auch er mit dem **Kabinettsbeschluss** die Verantwortung für die HSH-Entscheidung tragen muss. Er hat seine Bedenken nicht nur in der Öffentlichkeit geäußert, sondern auch rechtzeitig die Reißleine für sich selbst gezogen. Bereits vor seinem Amtsantritt sagte Herr Marnette, dass er vor dem Job als Wirtschaftsminister Ehrfurcht, aber keine Angst habe. Es ging dem Wirtschaftsminister also nicht darum, gefolgstreu alle Dummheiten mitzumachen, son-

dern mit konsequentem Handeln und Denken der Verantwortung nicht aus dem Weg zu gehen. Trotz manchmal unterschiedlicher Auffassungen setzte sich Herr Marnette immer sachorientiert mit Themen auseinander. Dies wird auch am Beispiel der HSH Nordbank deutlich. Dass die HSH-Politik der Landesregierung daraufhin Auslöser für den **Rücktritt des Wirtschaftsministers** war, spricht für sich und insbesondere für ihn.

Der SSW hat schon vor Monaten gemahnt, dass das **HSH-Rettungspaket** vielleicht aus Sicht von Bankern verständlich ist, der Öffentlichkeit kann man diese Entscheidung aber nicht mehr erklären. Ebenso wenig konnte Herr Marnette der Wirtschaft klar machen, dass das Land die HSH Nordbank mit 1,5 Milliarden € **Kapital** ausstattet und die neuen **Risiken** mit 5 Milliarden € Garantien abschirmen will. Deswegen war sein Rücktritt konsequent, aber es hat eigentlich den Falschen getroffen.

Für den SSW ist spätestens mit dem Schreiben von Bundesfinanzminister Steinbrück deutlich geworden, dass die Landesregierung bei den ersten **Verhandlungen** mit dem **SoFFin** im November 2008 noch mehrere Handlungsoptionen hatte. Die Landesregierung hat zu diesem zentralen Zeitpunkt nicht nur die Verhandlungen mit dem SoFFin der HSH Nordbank überlassen, sondern darüber hinaus die Gespräche mit dem SoFFin-Lenkungsausschuss unter Begleitung eines Vertreters der Stadt Hamburg stattfinden lassen. Es ist schon schlimm genug, dass unser Finanzminister alle Einflussmöglichkeiten aus der Hand gibt. Mich wundert daher auch nicht mehr, dass wir heute die Pistole auf die Brust gesetzt bekommen und einer Entscheidung zustimmen sollen, die zulasten des Landes geht.

Heute gibt es formal keine empfehlenswerten Alternativen zur Rettung der HSH mehr. Dies haben auch Vertreter der SoFFin und der BaFin deutlich gemacht. Dies ändert aber nichts daran, dass der Landesregierung im November erstens mehrere **Handlungsalternativen** offenstanden und sie zweitens die Entscheidung gefällt hat, dass das Land Schleswig-Holstein der HSH Nordbank mit insgesamt 6,5 Milliarden € unter die Arme greift, ohne dies vorher vom Parlament absegnen zu lassen. Herr Wiegard verpackt diese Entscheidung geschickt in seinen nebulösen Darstellungen und verweigert jede eindeutige Begründung für diese Vorgehensweise. Dass diese Entscheidung vor allem gefällt wurde, weil weder der HSH Nordbank noch der Landesregierung die Bedingungen des SoFFin schmeckten, ist aber längst kein Geheimnis mehr. Man wollte den Bund raushalten.

(Lars Harms)

Warten, bis der Rettungswagen kommt - dies ist das Motto der Landesregierung in den letzten Wochen gewesen. Und der kommt. Was dieser Einsatz allerdings kostet, wissen wir immer noch nicht. Wir entscheiden heute nicht nur über ein insgesamt **13 Milliarden €** schweres Rettungspaket, wir entscheiden auch über die strategische **Neuausrichtung** der HSH Nordbank. Diese Neuausrichtung erscheint mit dem angestrebten Geschäftsmodell vor dem Hintergrund der letzten Wochen wie eine Farce.

Die **HSH** möchte zurück zu ihrem **regionalen Kerngeschäft**, von dem zumindest in Schleswig-Holstein bisher nicht viel zu merken war und von dem auch umstritten ist, ob wir es überhaupt brauchen. Der **Bericht** des Wirtschaftsministeriums **an das Kabinett** hat es bereits belegt:

„Für ein Geschäftsmodell ohne öffentlichen Auftrag, das heißt Fortsetzung des dividenden-orientierten Geschäftsmodells, ist eine öffentliche Trägerschaft unter dem Gesichtspunkt der Kreditversorgung der schleswig-holsteinischen Wirtschaft entbehrlich, weil die entsprechenden Kreditengagements auch von den anderen Privatbanken übernommen werden können.“

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es gibt also in Schleswig-Holstein ausreichend andere Banken, die das Kreditgeschäft der HSH Nordbank übernehmen können.

In seiner Rücktrittserklärung hat Herr Marnette noch einmal betont, dass das neue Geschäftsmodell unkonkret, die Kapitalisierung der Abbaubank und die Bewertung der Kernbank unklar und so die Entscheidungsgrundlage nicht nur für ihn, sondern auch für uns für die Sanierung der HSH Nordbank quasi imaginär seien. Die Große Koalition versucht zumindest, diese Kritik aufzunehmen, und erwartet in ihrer Resolution, dass im **Garantievertrag** konkretere Entscheidungsgrundlagen genannt werden. Für den SSW gilt allerdings, dass Erwarten und Hoffen in dieser Angelegenheit nicht ausreichen. Die Landesregierung muss konkret verpflichtet werden, und nötigenfalls müssen auch rechtliche Grundlagen geändert werden. Hierzu steht in der schwarz-roten Resolution allerdings nichts, sie bringt uns insofern überhaupt nicht weiter.

Selbst der **Sparkassen- und Giroverband** als einer der **Anteilseigner** der HSH Nordbank hat zwar im Aufsichtsrat für das Geschäftsmodell gestimmt, versucht aber jetzt krampfhaft, seine Anteile an der Bank loszuwerden. Das würde der Verband nicht tun, wenn er vom Geschäftsmodell zutiefst über-

zeugt wäre und einen zukünftigen Gewinn oder zumindest eine schwarze Null durch die HSH erwarten würde.

Der SSW tut sich schwer damit, schon jetzt darüber zu entscheiden, dass das Land die HSH-Anteile der Sparkassen abkauft. Ohne eine vernünftige **Risikoabschätzung** und Wissen darüber, was die HSH eigentlich wert ist, können wir eine solche Entscheidung momentan nicht fällen. Außerdem können sich sowohl die Sparkassen als auch Herr Flowers freuen, dass das **Land** mit seiner **Kapitalspritze** und seiner **Garantiegewährung** freiwillig einen großen Anteil des neuen Risikos abdeckt. Das kann man somit schon als ein vorweggenommenes Entgegenkommen werten.

Für den SSW kann ich hier nur sagen, dass auch wir erheblich an der zukünftigen Tragfähigkeit des Geschäftsmodells zweifeln.

Herr Nonnenmacher beziffert die Wahrscheinlichkeit der **Inanspruchnahme** der **neuen Ländergarantien** in Höhe von 5 Milliarden € mit 40 %. Meine sehr geehrten Damen und Herren, bereits 5 % werden von Bankexperten als extrem hohes **Ausfallrisiko** bezeichnet - was soll man dann zu 40 % sagen? Auch die Wahrscheinlichkeit, dass sich die allgemeinen Planungsgrundlagen, Wirtschaftswachstum et cetera des Geschäftsmodells ändern, ist sehr hoch, sodass wir insgesamt vor einem relativ großen Risiko in Bezug auf Abschreibungen, Wertberichtigungen und zukünftige Kapitalbedarfe der HSH Nordbank stehen.

Dabei ist unumstritten, dass die **HSH Nordbank Kompetenzen** hat, die es zu erhalten gilt. Aber besonders die Schwerpunktsetzung **Schiffsfinanzierung** entbehrt bei der momentanen Entwicklung der Weltwirtschaft jeglicher vernünftigen Grundlage. Die Reeder sind mit fallenden Fracht- und Chartersraten konfrontiert, sodass die Schifffahrtsflotten nicht mehr rentabel zu betreiben sind. Selbst Herr Lundt als Geschäftsführer des Verbandes für Schiffbau- und Meerestechnik äußerte in der Wirtschaftsausschusssitzung am Mittwoch, dass die Banken sich total - ich zitiere - aus der Schiffsfinanzierung zurückziehen und sich der Wert der Flotten extrem verringert hat. Dies hat zwar den Vorteil, dass die HSH Nordbank ihre weltweite Spitzenposition in der Schiffsfinanzierung weiter ausbauen kann, da sie allein auf weiter Flur immer noch in Schiffe investieren will. Aber davon einmal ganz abgesehen, konnte man im „Handelsblatt“ am 31. März auch lesen, dass sogar bei der HSH Nordbank bisher 30 Anträge auf **Tilgungsstundung im Schiffsbereich** vorliegen, und Herr Rieck hat das

(Lars Harms)

auch in den Anhörungen bestätigt. Das alles sollte Alarmsignal genug sein. - Ich glaube, da ist ein Kollege, der eine Frage stellen möchte; die würde ich gern zulassen.

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ja, lieber Herr Abgeordneter Harms, sind Sie so lieb und lassen eine Zwischenfrage des Kollegen Holger Astrup zu?

Lars Harms [SSW]:

Selbstverständlich.

Holger Astrup [SPD]: Herr Kollege, ist Ihnen bei der Nennung der 30 Stundungsanträge klar gewesen, dass es sich um 1 % der gesamten Menge handelt?

(Unruhe)

- Herr Kollege Astrup, selbst wenn das so ist, dann müssten Sie bedenken - -

(Holger Astrup [SPD]: Das stand in derselben Meldung!)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Eine Frage, eine Antwort!

Lars Harms [SSW]:

Bitte lassen Sie eine Antwort zu. - Herr Kollege Astrup, es ist richtig: Anfangs wurde gesagt, es sind nur elf Stundungen, dann zwölf, und auf Rückfragen wurde es auf einmal auf 30 hochgeschraubt. Nicht, dass ich irgendjemandem etwas vorwerfen möchte, aber Sie können anhand dieser Zahlen sehen, welche Dynamik das Ganze hat, und ich glaube, bei 30 sind wir dann auch noch nicht am Ende. Deswegen ist Vorsicht angesagt, wenn es um Schiffsfinanzierungen geht.

(Beifall bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Alles deutet darauf hin, dass die HSH Nordbank mit diesem **Geschäftsmodell** nicht reich wird, sondern eher niedrigtourig fahren sollte.

Es geht aber nicht nur um eine langfristige Sicherung der Bank, sondern auch um kurzfristiges **rentables Handeln**, damit die HSH schnell wieder an neues Kapital kommt. Im neuen Geschäftsmodell werden zum Beispiel Geschäftsbereiche abgebaut, obwohl diese nach Aussage von Herrn Nonnenmacher durchaus lang- oder kurzfristig lukrativ seien. Nur weil die Geschäftspolitik einen norddeutschen

Touch bekommen muss, um so Schleswig-Holstein und Hamburg zu einer Kapitalisierung und Garantien zu überreden, kann es aus unserer Sicht aber nicht sein, dass Bereiche abgebaut werden, die noch lukrativ sind und auch lukrative Geschäfte versprechen. So handelt kein vernünftiger Mensch.

Auch kann nicht sein, dass wir einem Geschäftsmodell zustimmen sollen, von dem wir immer noch nicht wissen, wie es eigentlich aussieht. Die **Ausgestaltung der Kernbank** ist ebenso unklar wie die **Ausgliederung der Abbaubank**. Unbeantwortet sind auch Fragen nach der Platzierung der Banken und der Verteilung der **Arbeitsplätze**, sofern noch welche da sind, wenn alle ihre Verabschiedung bekommen haben. Derweil kann man in den „Lübecker Nachrichten“ nachlesen, dass die HSH Nordbank wieder eifrig daran arbeitet, ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter loszuwerden. Den Weg der zugesagten natürlichen Fluktuation, denn das ist ja von den Vertretern der Bank in den Ausschüssen gesagt worden, verbaut sich die Bank jetzt, indem sie 3.400 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern das Angebot macht, das Unternehmen mit einer **Abfindung** vorzeitig zu verlassen. Rette sich, wer kann - dies legt die HSH Nordbank sogar ihren eigenen Angestellten nahe, und das zu enorm hohen Kosten, obwohl vorher gesagt wurde, man wollte darauf setzen, dass man die natürliche Fluktuation ausnutzt. Das ist jetzt vorbei, auch das sollen wir mit unseren 1,5 Milliarden € finanzieren.

Die Entscheidung über den vorliegenden Gesetzentwurf sei alternativlos und müsse bald geschehen, das ist in den Gesprächen der zurückliegenden Wochen immer wieder gesagt worden. Alternativlose Politik - das ist mittlerweile typische Peter-Harry-Carstensen-Politik. Die Entscheidungen werden gefällt, ohne jemanden einzubinden, und dann dürfen alle Beteiligten alles nur noch zur Kenntnis nehmen. Diese Politik wurde auch bei der Einstellung des neuen Wirtschaftsministers deutlich. Peter Harry Carstensen agiert im Alleingang und verkrümelt sich anschließend.

Für den SSW geht es dagegen immer noch darum, Schlimmeres für das Land Schleswig-Holstein zu verhindern und die Rahmenbedingungen der HSH-Rettung so zu gestalten, dass in Zukunft HSH-Katastrophen verhindert werden.

An erster Stelle bedeutet dies für den SSW, dass das Land Schleswig-Holstein nicht für **zukünftige Kapitalspritzen** für die HSH zur Verfügung steht. Aus unserer Sicht reicht die Resolution der Großen Koalition daher nicht aus. Das nachdrückliche Einfordern von SoFFin-Mitteln reicht nicht aus, um si-

(Lars Harms)

cherzustellen, dass die **Steuermittel** unserer Bürgerinnen und Bürger nicht weiter zum Auffangen des Missmanagements von Bankern genutzt werden. Dem SSW reicht es nicht aus, wenn sich die Landesregierung um **SoFFin-Mittel** bemüht. Was dabei herauskommt, haben wir seit November 2008 vorgeführt bekommen. Für uns gilt dagegen, dass es ein Automatismus sein muss, dass der SoFFin in Anspruch genommen werden muss, und zwar ausschließlich und nicht nur nachrangig.

An zweiter Stelle geht es dem SSW darum, dass die Risikoanalysen und das **Risikomanagement** der HSH Nordbank verbessert werden. Der Landtagspräsident hat ein Dokument mit Namen „Ökonomische Eckpunkte zur Ausgestaltung der ‚Zweitverlust-Garantie‘ zur Risikoabschirmung von Altrisiken der HSH Nordbank AG“ in Auftrag gegeben. In diesem Dokument wird deutlich, dass - ich zitiere - der **Garant** als Träger signifikanten ökonomischen Risikos in die Lage versetzt werden muss, jederzeit die **Risikolage** selbst einschätzen zu können. Und weiter: Aufgrund der hohen Bedeutung bedarfsgerechter, richtiger Informationen sollte dem Garant die Möglichkeit eingeräumt werden, einen eigenen Berater einzuschalten, der laufend diese Berichte überwacht, prüft und analysiert.

Nicht nur, dass es laut dieser Stellungnahme notwendig ist, **externen Sachverstand** einzuschalten, sondern es wird auch empfohlen, eine dauerhafte **Sonderprüfung** für richtige Informationen einzurichten. Diese richtigen Informationen haben anscheinend bisher nicht vorgelegen. Ein Armutszeugnis!

(Beifall der Abgeordneten Angelika Birk
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Diese Empfehlung sollte sich die Landesregierung deshalb zu eigen machen und dafür Sorge tragen, dass endlich ein **Frühwarnsystem** bei der HSH eingerichtet wird und dass externer Sachverstand dem Ministerpräsidenten und dem Finanzminister so weit auf die Sprünge hilft, dass endlich die notwendige Distanz zwischen den Interessen des Landes und den Interessen der HSH Nordbank herrscht.

(Beifall bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

An dritter Stelle fordert der SSW, dass dem Rettungspaket der Landesregierung die gleichen Bedingungen wie beim SoFFin zugrunde gelegt werden. Es darf also keine Auszahlung von Dividenden geben, keine Auszahlung von **Boni**, keine Auszahlung von Genussrechten. Das gilt nicht nur für 2008.

(Zuruf der Abgeordneten Birgit Herdejürgen
[SPD])

- Meine liebe Kollegin, nicht nur für 2008, sondern auch für die Zukunft.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es geht keine „Kohle“ nach außen, solange die 1,5 Milliarden € nicht wieder an das Land zurückgeführt wurden. Das muss die Maxime sein.

(Beifall bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Erstmal haben die Bürgerinnen und Bürger ein Recht darauf, dass ihre Steuergelder zurückfließen, und erst dann haben die Manager im Nadelstreifenanzug ein Anrecht darauf, wieder Boni und Dividenden zu bekommen. Außerdem setzt sich der SSW für die Deckelung der **Managergehälter** nach den Vorschriften des SoFFin ein. Sollten Gehälter noch höher als 500.000 € sein, erwarten wir eine Mitteilung darüber, wann diese gedeckelt werden. Von 500.000 € kann man gut leben! Das ist immerhin dreimal so viel, wie der Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein verdient - davon sollte auch ein Bankmanager, dessen Bank am staatlichen Tropf hängt, satt werden können.

An vierter Stelle fordert der SSW **personelle Konsequenzen** des HSH-Desasters. Der Ministerpräsident hat selbst eine Deckelung der Managergehälter und personelle Konsequenzen gefordert. Bereits Ende Februar 2009 hat der SSW davor gewarnt, dass Herr Carstensen hiermit Nebenschauplätze eröffnet, um von der HSH-Entscheidung und ihren Auswirkungen für das Land abzulenken.

Der Ministerpräsident entlässt und ernennt, er hat also alle Freiheiten, auch hier zu handeln. Der einzige Minister in diesem „HSH-Chaos“ mit Rückgrat und sachorientiertem Verstand ist gegangen. Hier stelle ich für den SSW die Frage: Gibt es nicht andere, die mehr zerstört haben als Herr Marnette?

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und vereinzelt bei der FDP)

Es ist nicht nur das Vertrauen in die Landesregierung, sondern auch das Bild der Landesregierung in der Öffentlichkeit zerstört worden. Wichtig ist aus Sicht des SSW vor allem, dass in Zukunft Fachpersonal - das den Aufgaben gewachsen ist - in den **Aufsichtsratsgremien** sitzt. Diese Personen müssen unabhängig sein, dürfen kein Eigeninteresse haben und können ruhig auch von außen kommen. Da diese vier Bedingungen mit dem vorgelegten Ge-

(Lars Harms)

setzungswurf und der entsprechenden Resolution nicht verpflichtend erfüllt werden, wird der SSW seine Zustimmung nicht geben können.

Mit der **politischen Entscheidung** ist die Tragweite der HSH-Entscheidung immer noch unklar und schon gar nicht mehr den Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes zu vermitteln. Die Debatte der letzten Monate war eine Scheindebatte, da die Entscheidungen über die Kapitalisierung der HSH Nordbank durch die Länder bereits im November getroffen wurden. Sogar im vorgelegten Gesetzentwurf wird dies deutlich, da hier auf Seite sechs steht - ich zitiere -:

„Trotz dieser Belastungen fiel der Jahresabschluss 2007 noch positiv aus, und die Bank war dividendenfähig. Für 2008 werden keine Dividenden gezahlt.“

Dieser Gesetzentwurf wurde am 27. Februar 2009 erteilt, aber interessant ist, wann er eigentlich geschrieben wurde.

(Unruhe)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich bitte um etwas mehr Ruhe.

Lars Harms [SSW]:

Die **Auszahlung** der 64 Millionen € **Dividende** wurde seinerzeit nämlich bereits im November 2008 beschlossen. Demnach muss der Gesetzentwurf, der eine Dividende ausschließt, davor geschrieben worden sein. Es war also alles schon im Vorweg entschieden, und die Landesregierung hat ihre eigenen sie tragenden Fraktionen am Nasenring durch die Manege geführt. Diese sollen nun alles kritiklos abnicken.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, niemand kann von uns erwarten, dass wir uns dermaßen von der Landesregierung vorführen lassen. Vertrauen haben wir in diese Landesregierung, diesen Ministerpräsidenten und vor allem auch in den Finanzminister schon lange nicht mehr. Deshalb lehnen wir als SSW den vorgeschlagenen Weg ab.

(Beifall bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich danke Herrn Abgeordneten Lars Harms und erteile für die Landesregierung Herrn Finanzminister Rainer Wiegard das Wort.

Rainer Wiegard, Finanzminister:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Der Bürgerschaftsabgeordnete Kerstan hat am Mittwoch in der Debatte in der Hamburgischen Bürgerschaft gesagt - es ist mir auch ganz egal, welcher Partei er angehört; es ist jedenfalls richtig, was er gesagt hat -:

„Wir haben es hier mit einer existenziellen Situation zu tun, und zwar nicht nur für die Bank, sondern auch für die beiden Länder.“

Ich glaube, das ist eine richtige Beschreibung.

Die gewaltigen Auswirkungen, die die **internationale Finanzkrise** - insbesondere ab Oktober 2008 - ausgelöst haben, lähmen die wirtschaftlichen Kräfte, gefährden Arbeitsplätze, verringern die gesamtstaatliche Leistungskraft und belasten dadurch künftig unser Sozialsystem ebenso wie die für die öffentlichen Aufgaben notwendigen Steuereinnahmen. Wir werden das erleben. Einzelne Redner haben hier darauf auch schon hingewiesen.

Deshalb müssen wir bei dem, was wir jetzt zu entscheiden haben, vor allem berücksichtigen, welche Wirkung das hat. Welche **Auswirkungen** hat das für die Arbeitsplätze in den Unternehmen und Betrieben in Schleswig-Holstein? Welche Auswirkungen hat das auf die eingesetzten privaten oder öffentlichen Vermögenswerte, die sich in dieser Bank befinden? Welche Auswirkungen hat das auch nicht zuletzt für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieser Bank in Kiel?

Zu entscheiden ist vor allem über die Frage: Ist das **Geschäftsmodell** zukunftsfähig? Ich hätte mir in manchen der letzten Debatten, seit wir hier darüber diskutieren, gewünscht, dass wir uns ein bisschen mehr noch auf diese Sachfrage konzentriert hätten als auf manche Ablenkungsmanöver aus parteipolitischen Gründen. Die Frage ist: Hat die **Kernbank**, die neue Bank, mit ihrer verstärkten Konzentration auf die **norddeutsche Region** und die international anerkannten Kernkompetenzen, die alle auch eine Verbindung zu unserer Region haben, als Alleinstellungsmerkmal eine **Chance**, nachhaltig ertragsreich zu arbeiten und so die eingangs gestellten Fragen positiv zu beantworten, dies möglicherweise auch im Zusammenhang, im Zusammenwirken - auf welche Art und Weise auch immer - mit anderen Banken?

Der Vorsitzende des SoFFin-Leitungsausschusses, Herr Dr. Rehm, hat festgestellt:

(Minister Rainer Wiegard)

„Wir halten das Geschäftsmodell, nachdem wir uns damit beschäftigt haben, prinzipiell für tragfähig und für zukunftsfähig.“

Die vorgeschlagene Lösung des **Geschäftsmodells** ist so gestaltet, dass es „auch größere Lösungen“ ermöglicht und „diese nicht verbaut“. - Auch dies scheint mir in der Frage der Beurteilung sehr wichtig zu sein.

Er sagte weiter:

„Ich halte dieses Geschäftsmodell ... für alternativlos, und zwar bezogen auf die Investitionen der Träger... und auch bezogen auf die Kundenbeziehungen, weil ansonsten das Investment zerstört würde.“

Die vorgeschlagene Lösung der **Fortführung der Bank** ist alternativlos, Schließungs- und Abwicklungsszenarien bergen nicht planbare Risiken für die gesamte Finanzwirtschaft, für die schleswig-holsteinische Wirtschaft und für die Vermögenswerte unseres Landes. Dies hat Präsident Sanio von der BaFin ausdrücklich ausgeführt.

Weil ich ein paar Zwischenbemerkungen höre, lassen Sie mich das kurz noch mit einem Zitat von Herrn Sanio aus der Beratung der Ausschüsse vom 19. März 2009 belegen. Herr Sanio sagte:

„Ich weiß nicht, wie eine geordnete Abwicklung durchgeführt werden sollte, wenn Sie beschließen, dass die Bank... geordnet liquidiert werden soll. Ich kenne keinen Fall, in dem das je versucht worden wäre. Ich sehe das als gefährliches Experiment an, kann Ihnen aber nicht im Einzelnen darlegen, wie der Markt reagiert, wenn Sie beschließen würden, alle Verbindlichkeiten zu garantieren.“

Das müssten wir allerdings zunächst einmal tun.

Er hat dann weiter zu der nächsten Stufe, die dann zwangsläufig folgen würde, nämlich der **Insolvenz**, gesagt:

„Ich halte eine Insolvenz nur für ein Gedankenspiel. In der Realität wird keiner diesen Schritt verantworten wollen; davon bin ich fest überzeugt. Wer ihn verantworten muss, kann sich schon vorher zusammen mit mir“

- dann kommt seine typische Art der Bildersprache zum Vorschein -

„maskieren - ich bin der Henker -, und wir werden dann gemeinsam das Land schleunigst verlassen, ehe wir dafür zur Rechen-

schaft gezogen werden. Das sind Gedankenspiele. Mit dem Gedanken an eine Insolvenz auch nur einen Moment ernsthaft zu spielen, halte ich für völlig verantwortungslos.“

- So der Präsident der BaFin, Herr Sanio.

(Zuruf des Abgeordneten Jürgen Weber [SPD])

Natürlich hat es solche Vorschläge in der Diskussion gegeben, Kollege Weber. Deshalb ist es gut, dass wir noch einmal deutlich machen, dass diese Alternativen auf eine solche Weise verneint worden sind, dass sie nämlich nicht tragfähig sein können im Vergleich zu dem Konzept, das die Landesregierung hier befürwortet und vorgelegt hat.

(Zuruf des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Natürlich gibt es **unkalkulierbare Risiken**. Niemand kann heute definitiv sagen, wie sich die wirtschaftliche Entwicklung in den nächsten Jahren darstellen wird. Aus heutiger Sicht überschaubare Risiken sind in der Planung enthalten. Noch nie ist durch so viele Prüfer eine Bank so intensiv auf Herz und Nieren untersucht worden, um Risiken detailliert bewerten zu können, wie in diesem Fall.

Alle Experten haben ausgeführt: Das Fortführungskonzept, das die Landesregierung vorgelegt hat, ist alternativlos. Wir erfüllen damit - so der Vorsitzende des Lenkungsausschusses SoFFin, Staatssekretär Nawrath - alle vom **Sonderfonds** im November verlangten **Bedingungen** für die Gewährung der Liquiditätsgarantie von 30 Milliarden €. Wir schaffen damit jetzt - und erst jetzt - die vom SoFFin geforderte Kernbank als Voraussetzung dafür, dass bei Bedarf auch der SoFFin für eine **weitere Kapitalisierung** zur Verfügung steht. Denn erst mit dieser Lösung machen wir möglich, dass es eine gesunde Kernbank gibt. Erst mit dieser Lösung schaffen wir die Voraussetzung für die **Ausgliederung von Abbauportfolien**. Erst dadurch ermöglichen wir dem SoFFin nach den Regeln des Finanzmarktstabilisierungsgesetzes und nach den Regeln der Notifizierung durch die Europäische Kommission eine eigene Beteiligung, wenn dies erforderlich ist. Wir werden weiter dafür mit voller Kraft arbeiten, dass dies ermöglicht wird. Ich füge ausdrücklich hinzu: Es ist auch meine feste Überzeugung, dass wir uns alle Optionen des SoFFin eröffnen müssen, im Übrigen auch die, die wir bisher noch nicht in Anspruch genommen haben, und diejenigen, die wir auch nach Ablauf der derzeitigen Frist nicht in Anspruch nehmen könnten.

(Minister Rainer Wiegard)

Deshalb glaube ich auch, dass es notwendig ist, Herr Kollege Stegner, die Veränderungen am **Finanzmarktstabilisierungsgesetz** im weiteren Verlauf der wirtschaftlichen Entwicklung an die Notwendigkeiten, die es dazu gibt, weiter anzupassen. Ich füge ausdrücklich hinzu: Die von CDU und SPD vorgelegte Resolution kann ich deshalb auch in allen Punkten mittragen.

Wir müssen uns nicht nur die Optionen beim SoFFin eröffnen, sondern vor allen Dingen auch alle anderen **Anschluss- und Beteiligungsmöglichkeiten** offenhalten und eröffnen. Das vorgeschlagene Modell schafft dafür die Voraussetzungen, sowohl für die Kernbank für Beteiligungen oder Fusionen mit anderen Instituten als auch für die Konsolidierungsbank im Hinblick auf die von uns geforderten Möglichkeiten der Bildung von regelreduzierten Abbaubanken unter dem Dach einer Bundesagentur, wo allerdings jede Abbaubank ihre eigene Verantwortlichkeit hat.

Ich will etwas zu den Verantwortlichkeiten und der Verantwortung sagen. Ich habe zuletzt in der Plenardebatte am 25. März ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die HSH Nordbank sowohl Betroffene der Finanzkrise als auch Beteiligte daran ist. Diese Frage der **Beteiligung der Bank an dieser Krise** muss zwingend, unabdingbar hinsichtlich ihrer Ursachen, der erfolgten Handlungen, der erzielten Wirkungen und der in diesem Sinn handelnden Personen und Organe aufgearbeitet werden.

(Beifall bei der CDU)

Dazu liegen dem **Beteiligungsausschuss** seit Dienstag - übrigens bevor sie den Aufsichtsratsmitgliedern zugänglich gemacht wurden - sieben Bände des **Prüfungsberichts der KPMG** vor, abzüglich drei Berichte - um das klar zu definieren -, auf die der Beteiligungsausschuss verzichtet hat, weil sie ausschließlich kundenspezifische Daten enthalten und wir besondere Vorkehrungen hätten treffen müssen. Seit gestern liegt der achte und ab Mitte kommender Woche liegen alle zehn Bände zur Einsicht vor.

Insbesondere im Rahmen des vom Aufsichtsrat beauftragten erweiterten besonderen Prüfungsumfanges durch die KPMG wird festzustellen sein, wo es **Verantwortlichkeiten** innerhalb der Bank und ihrer Organe gegeben hat, ob sich einzelne in ihren jeweiligen Verantwortungsbereichen nicht an klare, eindeutige Regeln gehalten haben. Das gilt - um das auch hinzuzufügen -, wenn das möglicherweise nicht vollständig ist. Das gilt für Vorstände wie für Mitarbeiter unterhalb der Vorstandsebene. Das gilt

auch für ehemalige Vorstände. Das gilt für Wirtschaftsprüfer und deren Berichte an den Aufsichtsrat, die möglicherweise ihre Prüfungen nicht in der notwendigen Tiefe gemacht oder berichtet haben könnten. Das gilt selbstverständlich auch für Aufsichtsräte und alle sonstigen Beteiligten an diesen Entwicklungen. Es gibt eine umfassende Notwendigkeit zur Aufarbeitung. Jetzt liegen die umfangreichen Prüfungsergebnisse der KPMG vor. Sie sind Grundlage für das, was in diesem Zusammenhang zu tun und festzustellen ist.

Ich will auf einige Wortbeiträge eingehen, die heute zum Teil wiederholt, zum Teil neu gemacht worden sind. Meine Damen und Herren, lieber Wolfgang Kubicki, mancher Ihrer **Angriffe in den letzten Wochen** war persönlich nicht akzeptabel. Sie mögen mit mir gern in der Sache streiten. Das haben wir früher auch schon gemacht. Paul Henckels hätte Ihnen hier wahrscheinlich zugerufen: „Wat bist du doch für ne fiese Charakter!“ Das insbesondere, wenn man sich ansieht, was Sie an sachlichen Vorschlägen hierzu beigetragen haben. Sie haben - man muss nur einmal die Zeitungen der vergangenen Wochen aufschlagen - eigentlich alle Vorschläge schon einmal gemacht, die man nur machen kann, auch jene, die sich diametral widersprochen haben. Sie haben vorgeschlagen: „Anteile verkaufen“, und Sie haben vorgeschlagen: „Anteile kaufen“. Sie haben vorgeschlagen, die Bank abzuwickeln, und Sie haben vorgeschlagen, die Bank fortzuführen. Sie haben gesagt: „Auf keinen Fall Eigenkapital vom SoFFin nehmen, weil das das eigene Eigenkapital zerstört“, und Sie haben gesagt: „Auf jeden Fall Eigenkapital vom SoFFin nehmen“.

Sie können das in der Opposition gern so spielen, Herr Kubicki, aber regieren können Sie so nicht.

(Beifall bei CDU und SPD)

Aber Sie haben noch ein bisschen Zeit. Sie haben noch ein paar Wochen Zeit, das zu üben. Ich bin fest davon überzeugt, dass es gelingt, dass Sie das hinkriegen.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Ein paar Wochen? Wir nehmen Sie beim Wort!)

Meine Damen und Herren, der Kollege Stegner hat gesagt, wir, die Bank und die Anteilseigner, hätten in den letzten Monaten daran arbeiten sollen, das Konzept zur Trennung von Kernbank und Abbaubank vorzubereiten. Herr Stegner, genau das ist geschehen. Ich habe übrigens - daran erinnere ich Sie - am 20. oder 21. November im Vorwege dazu als Bedingung des SoFFin eine Verpflichtung unterschrieben, für die ich hier an anderer Stelle geschol-

(Minister Rainer Wiegard)

ten wurde. Insofern glaube ich nicht, dass eine Belehrung an dieser Stelle erforderlich ist.

(Beifall bei der CDU)

Kollege Hentschel zitiert aus einem Absatz eines Briefes des Kollegen Bundesfinanzminister Peer Steinbrück und lässt schlicht und ergreifend den zweiten von drei Sätzen einfach weg.

(Zuruf von der CDU: Undenkbar!)

Das ist zwar politisch legitim, Herr Hentschel, aber ungeeignet, zur Aufklärung beizutragen.

(Zuruf von der CDU: Klar! - Günter Neugebauer [SPD]: Völlig richtig!)

Vorhin, als ich das Wort „prinzipiell“ gesagt habe, ist gesagt worden: „Ah, prinzipiell!“. Herr Kollege Steinbrück hat hier geschrieben:

„Die Landesregierung hatte vor diesem Hintergrund prinzipiell zwei Möglichkeiten.“

- Er hat in der Tat recht. Wir hatten nach den Gesetzen prinzipiell zwei Möglichkeiten, wir hatten faktisch aber keine zwei Möglichkeiten. - Er fährt fort:

„Erstens wäre eine Rekapitalisierung über den SoFFin ... nach Auslagerung der Altlasten und zugunsten der gesunden Kernbank möglich gewesen.“

Diesen Satz hat der Kollege Hentschel weggelassen. Genau daran arbeiten wir seit dem 20./21. November. Genau das wird derzeit vorbereitet. Genau dies ist die Voraussetzung dafür, dass wir überhaupt erstens die Liquiditätsgarantie in Höhe von 30 Milliarden € in Anspruch nehmen können, zweitens die bereits in Anspruch genommenen 10 Milliarden € weiter in Anspruch nehmen können - -

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie haben jetzt den zweiten Satz weggelassen! - Dr. Heiner Garg [FDP]: Nicht schon wieder! Das haben wir gestern erörtert!)

- Nein, nein. - Herr Kollege Hentschel, das haben wir alles erörtert. Der Kollege Garg weist darauf hin.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Lesen Sie weiter!)

Im Übrigen reden Sie hier permanent an den eigentlichen Fragen vorbei. Deshalb kann ich Ihnen nur sagen: Ich bin unfroh darüber, was die Situation der Bank anbetrifft, dass wir einen parlamentarischen **Untersuchungsausschuss** bekommen. Ich persön-

lich bin überhaupt nicht unfroh darüber, weil das vielleicht bedeutet, dass ich durch diesen Untersuchungsausschuss endlich einmal Antworten auf die Fragen bekomme, die ich Ihnen zu der Verantwortlichkeit in der Regierungszeit, die Sie zu verantworten haben, gestellt habe. Dazu schweigen Sie wie ein Grab.

(Beifall bei der CDU)

Auch der Kollege Harms hat einen großen Teil seines Beitrags der Verschiebung des Termins gewidmet. Ich will deshalb aus dem Protokoll zitieren. Ich weiß nicht, ob Sie das verstanden haben. Das war von Herrn Präsidenten Sanio ein bisschen hintergründig. Aber er hat das verdammt ernst gemeint und auch so deklariert. Er hat sich nämlich verabschiedet, indem er sagt:

„Ich habe das schon gesagt, dass ich mit dem 3. April 2009“

- es ging um die Verschiebung vom 25./26./27. März auf den 3. April -

„kein Problem habe. ... Ich nehme den Eindruck einer tiefgreifenden Diskussion mit. ... Ich nehme mit, dass kein Abgeordneter“

- kein Abgeordneter; es waren drei Ausschüsse -

„auch nur den leisesten Anschein erweckt hat, die Bank - wie es im Jargon heißt - gegen die Wand fahren zu wollen. ... Ich nehme mit, dass Sie jetzt wissen, dass das Problem zeitlich drängt. Der Zeitrahmen bis zum 3. April 2009 ist, pragmatisch gesehen, einer, in dem Sie vertiefte Diskussionen führen können. ...

Auf dieser Basis werde ich ein paar Zeilen in die Akte schreiben, dass ich hier den Eindruck gewonnen habe, dass die Sache weiter auf der richtigen Schiene ist und dass sie einer endgültigen parlamentarischen Entscheidung am 3. April 2009 entgegenseht.“

So viel zu den Verschiebungsaktivitäten.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Meine Damen und Herren, die heutige Entscheidung ist wohl die bedeutendste **finanzpolitische Entscheidung**, die je in Schleswig-Holstein und auch in Hamburg getroffen wurde. Ich kann mich in den neun Jahren meiner Abgeordnetentätigkeit in diesem Landtag an kein Thema erinnern, das so intensiv und so aufmerksam begleitet, diskutiert und behandelt wurde. Das galt nicht mal für die Diäten-

(Minister Rainer Wiegard)

frage. Es wird auch weiterhin intensiv am Thema gearbeitet werden, und zwar einerseits in den parlamentarischen Gremien, um festzustellen, welche **Verantwortlichkeiten** sich in diesem Zusammenhang ergeben, und um andererseits den **Umsetzungsprozess** zielstrebig und eng zu begleiten. Ich glaube, auch hierzu geben die gefassten Resolutionen eine Reihe von Notwendigkeiten her. Ich begrüße sie alle, und ich werde sie alle nach Kräften unterstützen, damit wir dies präzise so umsetzen.

Ich danke ganz persönlich allen Abgeordneten, allen Fraktionen und den beteiligten Ausschüssen und für die überwiegend sachorientierte Beratung, insbesondere Günter Neugebauer für seine sachgerechte Begleitung. Dass es im politischen Bereich hin und wieder Ausreißer gibt, ist nahezu Teil der normalen Tagesarbeit. Ich glaube aber, die letzten Wochen haben gezeigt, dass dieser Landtag in der Lage ist, sich auf eine sehr sachgerechte Art auf eine so schwerwiegende Entscheidung wie diese vorzubereiten. Ich habe für jeden und für jede Verständnis, der oder die sich - wie ich selbst - den Kopf darüber zermartert, ob dies die richtige Entscheidung ist, ob es möglicherweise andere Wege gegeben hätte, ob man einen Fehler macht oder Fehler vermeiden kann. Allein, abnehmen kann uns diese Entscheidung niemand.

(Beifall bei CDU und SPD)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich danke dem Minister und gebe bekannt, dass sich die Restredezeit für die Fraktionen um zweieinhalb Minuten erhöht. Im Rahmen der Restredezeit erteile ich dem Fraktionsvorsitzenden der FDP, Herrn Abgeordneten Wolfgang Kubicki, das Wort.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich werde die elf Minuten nicht brauchen, die Sie mir gewähren wollen. Ich möchte nur einige Anmerkungen zu den Beiträgen der Kolleginnen und Kollegen von CDU und SPD machen. Ich will für meine Fraktion ausdrücklich erklären, dass wir vor den Abgeordneten, die sich anders entscheiden als wir, großen Respekt haben. Wir unterstellen niemandem, dass er sich die Entscheidung hat leichtfertig aufdrücken lassen. Wir erkennen an, dass es die Entscheidung eines jeden Einzelnen ist. Der Kollege Garg und ich haben uns gestern im Ausschuss enthalten. Wir sind heute Morgen erst nach längerer Diskussion zu dem Ergebnis gekommen, dass wir ablehnen werden, und zwar nicht, weil wir

nicht die Notwendigkeit und die Frist sähen, die jetzt dasteht, sondern weil wir nur mit unserer ablehnenden Haltung dokumentieren könnten, dass wir dieser Regierung, diesem Finanzminister und der HSH Nordbank mit Vorstand und Aufsichtsrat nicht mehr über den Weg trauen. Das wäre anders nicht zu vermitteln.

Deshalb erkläre ich ausdrücklich: Wir werden ablehnen, und zwar nicht, weil wir nicht sehen, dass wir dann, wenn wir in der heutigen Regierung sitzen würden oder in die heutige Regierung gewählt würden, bei entsprechenden Erklärungen von Herrn Dr. Marnette und von anderen wahrscheinlich gar nicht anders könnten, als uns so zu verhalten, wie sich die Mehrheitsfraktionen verhalten. Ich erkläre für meine Fraktion noch einmal ausdrücklich den hohen Respekt vor den **Resolutionsentwürfen**, denen wir zustimmen werden. Sie machen deutlich, wie viel Bauschmerzen das Parlament tatsächlich bei dem, was passiert, hat. Sie machen deutlich, wie massiv das Vertrauensverhältnis zwischen dem Parlament und dem Vorstand und Aufsichtsrat der HSH Nordbank gestört ist.

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Herr Abgeordneter, erlauben Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Ursula Sassen?

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Frau Sassen, selbstverständlich.

Ursula Sassen [CDU]: Herr Kollege Kubicki, Sie haben nach der gemeinsamen Sitzung des Finanz-, des Wirtschafts- und des Innen- und Rechtsausschusses am 19. März über Radio NORA geäußert, dass Sie nunmehr dem Rettungspaket zustimmen können. Bei der letzten gemeinsamen Sitzung ist meines Wissens nach nichts Neues herausgekommen. Ich würde jetzt gern wissen, was Sie, abgesehen von der Strafanzeige, die sich auf die Vergangenheit bezieht, dazu bewogen hat, sich anders zu äußern.

- Liebe Frau Sassen, ich habe weder gegenüber Radio NORA noch gegenüber sonst irgendjemandem erklärt, dass wir zustimmen können. Ich habe das ausdrücklich erklärt, nachdem der SoFFin erklärt hat, er sei bereit und in der Lage, in dem Fall, wenn die Verluste der HSH Nordbank höher ausfallen als geplant, mit Eigenkapital einzusteigen. Ich habe erklärt, dass wir einen Boden des Fassess HSH Nordbank sehen, das bisher bodenlos war. Ich habe gesagt, dass ich in Anbetracht der **Beratungsergeb-**

(Wolfgang Kubicki)

nisse der jeweiligen Ausschüsse deshalb mit meiner Fraktion darüber diskutieren will, wie wir uns verhalten wollen. Das führte dazu, dass wir uns vorstellen können, uns zu enthalten. Auch das habe ich am 25. März hier im Saal erklärt.

Frau Kollegin Sassen, dass wir dem zustimmen werden, stand zu keinem Zeitpunkt im Raum. Lassen Sie mich deshalb auch auf das eingehen, was der Finanzminister hier gesagt hat. - Herr Finanzminister, ich nehme zur Kenntnis, dass Sie mich für einen fiesen Charakter halten. Da sind Sie mit Sicherheit nicht der Einzige. Es gibt eine Reihe von Sozialdemokraten, die das tun. Dankenswerterweise kommt es aber auf Ihre Einschätzung meiner Person nicht an. Die Freunde in meiner eigenen Partei wissen auch, dass Freundschaften immer dann, wenn es um wesentliche Sachfragen geht, für mich keine Rolle spielen. Das ist dann der Fall, wenn es um die Frage geht, ob man in der Sache richtig oder falsch entscheidet. Wenn Sie hier wieder insinuiieren, was im Prinzip ein falsches Erklären ist, was Sie in der Vergangenheit häufiger getan haben und was ich Ihnen vorwerfe, nämlich dass es Aussagen gegeben habe, die Ihre Position stützen oder meine charakterlichen Fähigkeiten oder meine Sachkompetenz in Zweifel ziehen, dann muss man sagen: Man muss den jeweiligen Zeitpunkt betrachten, Herr Finanzminister.

Selbstverständlich habe ich erklärt, wie auch meine Partei, dass wir die **Anteile der HSH Nordbank** verkaufen wollen. Sie wollten das übrigens bis zum Jahre 2005 auch. Wir haben das einmal als Antrag eingebracht, und zwar auch mit dem Bemerkten - -

(Zurufe)

Herr Finanzminister, ich bin gern bereit, mich mit Ihnen im Einzelnen darüber zu unterhalten. Heute kann ich das mit dem Bemerkten tun, wir hätten die Sitzung vielleicht gar nicht, wenn wir im Jahr 2005 oder 2006 so verfahren wären. Da war das sinnvoll. Selbstverständlich habe ich erklärt, wir sollten **Anteile kaufen**. Wenn Sie sagen, das sei für das Land Schleswig-Holstein wegen des Wertaufholungsprinzips ein Geschäft, dann müssen wir in der Tat die Sparkassen, die händeringend darum bitten, ihre Anteile loszuwerden, sofort mit dem nötigen Kapital ausstatten und ihre Anteile kaufen.

(Beifall bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Oder sagen Sie uns selbst, Sie seien von Ihrer **Wertaufholungstheorie** gar nicht so überzeugt, wie Sie das nach außen tragen? - Wenn Sie es wären, dann wäre das doch ein Riesengeschäft, und

wir müssten es tun. Die Sparkassen bitten uns händeringend darum und fordern uns dazu auf.

Selbstverständlich habe ich gesagt, wir sollen den **SoFFin** beteiligen. Da ging es aber um Beträge von 300 Millionen oder 400 Millionen €. Herr Finanzminister, wie ich erfahren habe, wussten Sie das seit November 2008. Kein Mensch hat uns gesagt, dass es um 3 Milliarden und um 10 Milliarden Garantieleistungen geht, und zwar mit Open End. Selbstverständlich habe ich gesagt: SoFFin, ja, weil auch ich - wie wir alle - das Gefühl habe, dass die **Risikotragfähigkeit des Landes Schleswig-Holstein** mit dem, was wir tun, erschöpft ist. Es kann hier um keinen Preis der Welt auch nur der Ansatz eines Verdachts gelegt werden, dann, wenn die im November kommen und sagen, sie brauchen noch mehr Kapital, und sie kommen im November, und sie brauchen noch mehr Kapital, wieder dazustehen und zu sagen: Jetzt müssen wir aber im Interesse des Landes erneut in die Puschen kommen. Dann muss klar sein, dass vordringlich und nahezu ausschließlich der SoFFin derjenige ist, der einsteigen muss, und nicht wir, weil es unsere Fähigkeiten übersteigt.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der SPD)

Herr Minister, zum Schluss noch eine Bemerkung: Über die Regierungsfähigkeit in diesem Land entscheiden nicht Sie allein oder ich. Das ist dankenswerterweise so. Es entscheiden die Bürgerinnen und Bürger des Landes Schleswig-Holstein. Ich bin gespannt darauf, wie die Menschen dieses Landes darauf reagieren, wenn Sie im Mai oder Juni die Haushaltssperre verkünden, wenn die Vereine und Verbände kein Geld mehr bekommen, wenn - wie gesagt - Ende des Jahres absehbar die HSH Nordbank einen erneuten Kapitalbedarf anmelden wird. Sagen Sie nicht, das sei nicht absehbar. Ich gucke mir die Diskussionen, die wir gegenwärtig führen, dann an. Die Diskussionen sind von allen Beteiligten in großer Ernsthaftigkeit geführt worden. Ich habe es vorhin zum Ausdruck gebracht: Ich habe überhaupt keinen Zweifel daran, dass die Debatte, die wir in letzter Zeit hier geführt haben, sehr gründlich gewesen ist. Herr Minister, dass wir die Debatte gegen Sie und gegen den Vorstand der HSH Nordbank haben erzwingen müssen, ist etwas, worüber die Abgeordneten des Landtags noch einmal nachdenken müssen.

(Beifall bei FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. - - Dann ist sie uns entgangen. Ich erteile Herrn Abgeordneten Martin Kayenburg das Wort.

Martin Kayenburg [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Minister, Sie haben eben gefragt, ob man die Kernbank oder das neue Modell für zukunftsfähig halten könnte. - Jawohl, man kann es für zukunftsfähig halten, wenn die Modellannahmen auch eintreffen. Nur daran habe ich gewisse Zweifel:

(Beifall bei FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

ein zukunftsfähiges Modell, ja, allerdings die Annahmen sind zweifelhaft.

Eine zweite **Voraussetzung** ist natürlich, dass die Trennung in Abbaubank und Kernbank vollzogen werden kann. Da fehlen die gesetzlichen Voraussetzungen, und ich empfehle das letzte Interview von Herrn Steinbrück, in dem er deutlich macht: Bad Bank kommt für Deutschland nicht infrage.

Eines will ich auch klarstellen: Ich kenne keinen - und ich glaube auch nicht, dass es irgendjemanden hier gibt -, der die **Insolvenz** dieser Bank gewünscht hätte, ganz im Gegenteil. Nur muss man über Wege streiten können. Und wenn ich das Zitat von Herrn Marnette aus dem „Handelsblatt“ richtig im Kopf habe, ist da gesagt worden: Es gibt j e t z keine Alternative mehr.

(Beifall bei FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das haben auch bei der Anhörung in Hamburg und hier die Gutachter gesagt. Sie haben gesagt: aus heutiger Sicht keine verantwortbare Alternative. Wir reden von heute. Das ist auch der Grund, warum ich zustimmen werde: weil es keine verantwortbare Alternative gibt.

Aber gleichwohl werden wir uns doch damit auseinandersetzen müssen, wie es in der **Vergangenheit** war. Da empfehle ich allen Kolleginnen und Kollegen die Debatte aus Hamburg. Da gab es Herrn Kerstan, der das gesagt hat, was Sie zitiert haben, und er hat völlig zu Recht auch gesagt: Wir dürfen die HSH Nordbank nicht untergehen lassen, weil das schlichtweg eine Katastrophe für die schleswig-holsteinischen Sparkassen wäre. Denn wenn die HSH untergeht, haben die **Sparkassen** wegen ihrer **Einlagen** ein nicht mehr beherrschbares Problem. - Also ein weiterer Grund, warum ich

glaube, dass auch die Opposition darüber nachdenken sollte, ob sie zustimmen kann oder nicht.

Es gibt aber auch Herrn Bischoff, der zum einen gesagt hat, dass es deutliche Warnsignale über eine verschlechterte **Risikotragfähigkeit** der Bank gegeben hat. Das hat er offenbar den 2.000 Seiten, die von Ihnen zitiert wurden, entnommen. Ich will hier feststellen - Herr Dr. Garg, ich habe das letztes Mal noch ein bisschen in Abrede gestellt -: Herr Berger muss uns die Unwahrheit gesagt haben, und dann muss man natürlich auch da noch einmal forschen, wie das mit der Risikotragfähigkeit im ersten Quartal und mit der Situation Ende des zweiten, Anfang des dritten Quartals war.

(Beifall bei FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Da frage ich mich dann allerdings auch - und deswegen eben der Versprecher -, ob die BaFin wirklich die richtigen Auflagen gemacht hat oder ob sie weggeguckt hat.

Eines will ich hier auch sagen: Das Problem der HSH Nordbank ist zunächst und zuallererst ein eigenes Problem. Die Finanzkrise ist obendrauf gekommen. Die Fehler sind vorher gemacht worden.

(Beifall bei FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der CDU)

Dann müssen wir mal gucken, was die Bank unter **Schnellankaufsystem** verstanden hat, ob sie denn - gar kein Vorwurf an Sie, sondern eine faktische Feststellung - irgendwelche Produkte ungeprüft gekauft hat, nur weil sie kaufen wollte. Dann geht es um **Verantwortung der Vorstände**, die damals im Amt waren.

(Beifall bei CDU, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Und es kann nicht sein, dass das ohne Risikoanalyse gegangen ist.

Darüber hinaus bin ich der Auffassung - und Gott sei Dank haben Sie das eben auch zugesagt -, dass wir sehr konkret nach der Zustimmung heute über die Resolution und über den Garantievertrag reden müssen. Wir müssen auch über die Dinge reden, die **Hamburg** beschlossen hat, denn da ist auch der Antrag von CDU, SPD und GAL, in dem beispielsweise das Thema Verschwiegenheitspflicht - denn wir können ja im Moment in manche Dinge nicht reingucken -, artikuliert wurde, in dem die Frage der Tilgung von Krediten neben den anderen Punkten, die die aus unserer Resolution genommen haben, angesprochen worden ist, das heißt, die **Haf-**

(Martin Kayenburg)

tungsfrage des Garantiegebers und die **Rückführung** dorthin, von wo aus die Garantien beziehungsweise die Kredite gegeben worden sind.

Vor dem Hintergrund brauchen wir dringend, kurzfristig und vielleicht sogar vor dem 1. September einen konkreten Plan für die Umsetzung dessen, was wir heute beschließen werden.

Ein letzter Punkt und eine Bemerkung danach: Ich bin der Meinung, dass wir Dr. Marnette Unrecht tun, wenn wir ihn hier nur kritisieren.

(Beifall bei FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie vereinzelt bei CDU und SPD)

Ich bin derjenige, der zu Anfang seiner Amtszeit Bedenken geäußert hat und der gesagt hat, dass es sicherlich schwierig wäre, den in eine Kabinettsdisziplin einzubinden, weil ich ihn aus seiner unternehmerischen Tätigkeit kannte. Er hat sich - jedenfalls nach meinem Gefühl - bis zu dem Thema HSH Nordbank eingebunden, und er hat vor allem draußen im Land wirtschaftspolitische Kompetenz gezeigt und Zustimmung bekommen.

(Beifall bei CDU und FDP sowie vereinzelt bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will überhaupt nicht in Abrede stellen, dass sein Weggang nicht - ich will das mal freundlich formulieren - die feine altenglische Art war. Das hätte man sicherlich auch anders machen können. Aber ich will genauso sagen: Er hat ein Weltunternehmen als verantwortlicher Vorsitzender des Vorstands geführt und zu Erfolg gebracht. Und eines kann man ihm nicht vorwerfen: dass er nicht Bilanzen lesen kann.

(Beifall im ganzen Haus)

Die letzte Anmerkung: Ich glaube, wir sollten mal über die Governance-Regeln Aufsichtsrat gegenüber Vorstand nachdenken. Da ist Misstrauen angesagt, aber nicht gegenüber dem Aufsichtsrat, sondern das muss immanent sein, auch vom Mini-SoFFin gegenüber der Bank. Denn so, wie das bisher gelaufen ist, kann das nicht weitergehen.

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Hört, hört!)

In dem Zusammenhang stelle ich auch die Frage, ob man nicht auch einmal über die Gutachter und über die Berater und Prüfungsgesellschaften nachdenken muss: ob da nicht ausgeschrieben werden muss und vielleicht einmal gewechselt wird.

(Beifall bei SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordneten Sylvia Eisenberg [CDU])

Deswegen glaube ich, dass wir nach dem Beschluss heute weiter diskutieren müssen - auch schließlich und endlich zu der Frage, ob man nicht bestimmte Dinge extern managen lassen muss.

(Beifall beim SSW)

Ich werde zustimmen, aber ich habe meine Bedenken geäußert. Ich vertraue darauf, dass die Regierung sich an ihre Zusagen hält und der Ministerpräsident - das hat er nicht in seiner Funktion als Ministerpräsident gesagt - auch dazu steht, dass jedenfalls **Schleswig-Holstein keine Eigenkapitalhilfe** mehr leisten wird, sondern dass dann der SoFFin eintreten muss. Das ist für mich eine zwingende Voraussetzung.

(Beifall bei CDU, SPD und FDP)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Das Wort für einen weiteren Beitrag erhält Herr Minister Rainer Wiegard.

Rainer Wiegard, Finanzminister:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Kayenburg, weil Sie nach meinem Redebeitrag diese Frage der **Verantwortlichkeit** noch einmal aufgeworfen haben, will ich noch einmal darauf hinweisen, dass ich glaube, sehr deutlich genau auf diesen Punkt hier auch eingegangen zu sein, und dass wir den Prüfungsbericht der KPMG - übrigens prüft die KPMG das erste Jahr seit Juli und mit einer außerordentlichen Intensität - zur Grundlage dessen machen werden, was ich hier ausgeführt habe, nämlich sorgfältig Stück für Stück und Seite für Seite zu gucken, wo Verantwortlichkeiten innerhalb der Bank sind, wo die Beteiligung der Bank an dieser Finanzkrise ist und wie wir Verantwortlichkeiten feststellen können - sowohl für Vorstandsmitglieder, für Aufsichtsräte als auch für Wirtschaftsprüfer. Das habe ich ausdrücklich dargestellt. Und ich sage Ihnen das auch im Einvernehmen mit Lothar Hay: Es ist für uns selbstverständlich, solange dieser Vorgang des Auswertens der Jahresabschlussprüfung nicht abgeschlossen ist, wird es keine Entlastung von Vorständen und Aufsichtsräten in der Hauptversammlung durch uns geben.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe damit die Beratung. Bevor wir in die Abstimmung eintreten, zu der ich Ihnen einen Vor-

(Vizepräsidentin Frauke Tengler)

schlag machen möchte, ist von dieser Stelle noch bekannt zu geben, dass die Abgeordneten Astrid Höfs und Thomas Hölck erkrankt sind. - Wir wünschen ihnen gute Besserung.

(Beifall)

Ich möchte Ihnen vorschlagen, dass wir zunächst über die Resolution von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abstimmen, weil es hier um eine zeitliche Verschiebung geht, dann über den Gesetzentwurf in namentlicher Abstimmung abstimmen, dann über die Resolution von CDU und SPD, weil die dem Gesetzentwurfsbeschluss zwingend vorausgeht, und dann weiter über Punkt b).

Wenn Sie so einverstanden sind, lasse ich zunächst über den Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 16/2598, abstimmen, da dieser unter anderem die Aufforderung enthält, die Entscheidung über die Rekapitalisierung zu vertagen und den Gesetzentwurf der Landesregierung zu überarbeiten. Es ist beantragt worden, über den Antrag in der Sache abzustimmen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist der Antrag Drucksache 16/2598 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 16/2511. Es ist namentliche Abstimmung beantragt worden. Wer dem Antrag auf namentliche Abstimmung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist mit der erforderlichen Mehrheit so beschlossen. Ich bitte, mit der namentlichen Abstimmung zu beginnen.

(Namentliche Abstimmung)¹

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich gebe das Abstimmungsergebnis bekannt: Dem Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 16/2511, haben 55 Abgeordnete zugestimmt, neun Abgeordnete haben ihn abgelehnt. Damit ist der Gesetzentwurf Drucksache 16/2511 verabschiedet.

Ich lasse jetzt über den Antrag der Fraktionen von CDU und SPD, Drucksache 16/2595, in der Sache abstimmen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist der Antrag Drucksache 16/2595 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD,

FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Gruppe des SSW angenommen.

(Zurufe)

- Liebe Kolleginnen und Kollegen, können wir in der Abstimmung fortfahren? - Ich lasse jetzt über den Änderungsantrag der Fraktion der FDP, Drucksache 16/2599, abstimmen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich - -

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Herr Astrup, zur Geschäftsordnung!)

- Herr Astrup, wie konnte ich Sie übersehen!

Holger Astrup [SPD]:

Frau Präsidentin, das frage ich mich natürlich auch. - Frau Präsidentin, ich bitte, die Drucksache 16/2596, die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses aus der gestrigen Sitzung, zu ergänzen um den letzten Satz der Drucksache 16/2599, dem Antrag der FDP-Fraktion, sodass dann der letzte Satz hieße: „Die Landesregierung wird als Vertreter des Anteilseigners Schleswig-Holstein einer Entlastung des Vorstandes und des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 2008“ - und jetzt ergänzt - „vorläufig nicht zustimmen.“

Mit dieser Formulierung hätten wir eine geänderte Drucksache 16/2596. Ich glaube, dem Hohen Haus damit inhaltlich insoweit Genüge getan zu haben, dass wir die Auffassung des Herrn Finanzministers und des Innenministers als Aufsichtsratsmitglieder ausdrücklich unterstützen können.

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich danke Ihnen. Wir versuchen das jetzt einmal gemeinsam, und wenn es nicht weitergeht, gucke ich in Ihre Richtung, Herr Astrup.

(Zurufe)

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Frau Präsidentin, ohne dass ich mir die letzte Erklärung des Kollegen Astrup zu eigen mache, kann ich für meine Fraktion nunmehr erklären, dass sich unser Antrag daraufhin erledigt hat.

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich bedanke mich beim Fraktionsvorsitzenden der FDP. Ich lasse jetzt über den Antrag in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung mit der Ergän-

¹ Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung liegt als Anlage bei

(Vizepräsidentin Frauke Tengler)

zung des letzten Satzes des Antrags der FDP abstimmen.

(Holger Astrup [SPD]: Mit der Maßgabe, dass hinter der Zahl „2008“ das Wort „vorläufig“ aufgenommen wird! -Wolfgang Kubicki [FDP]: In der von Astrup erklärten Fassung! - Weitere Zurufe)

- Das war die Änderung. Wir sollten uns mit der Ergänzung begnügen. Ich fange noch einmal von vorn an. Ich bin immer dankbar für die Hilfestellung, aber ich denke, das war schon umfassend.

Ich beginne noch einmal: Ich lasse abstimmen über den Antrag in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung mit der Ergänzung des letzten Satzes des Antrags der FDP, Drucksache 16/2599.

(Zurufe)

- Herr Astrup!

Holger Astrup [SPD]:

Frau Präsidentin, ich bitte um Nachsicht, dass ich den Antrag nicht schriftlich vorgelegt habe, aber ich dachte, es ginge so.

Der letzte Satz des FDP-Antrags Drucksache 16/2599 ergänzt um das Wort „vorläufig“ hinter der Zahl 2008

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Vor dem Wort „nicht“!)

- vor dem Wort „nicht“ - hieße dann: „Die Landesregierung wird als Vertreter des Anteilseigners Schleswig-Holstein einer Entlastung des Vorstands und des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2008 vorläufig nicht zustimmen.“

(Zurufe)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich lasse jetzt über den Antrag in der vom Ausschuss empfohlenen und mit der vom Abgeordneten Astrup vorgebrachten Änderung abstimmen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so mit der entsprechenden Änderung angenommen.

Ich rufe jetzt Tagesordnungspunkt 2 auf:

Personelle Konsequenzen in der HSH Nordbank AG

Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/2597

Ich erteile Herrn Finanzminister Rainer Wiegard das Wort.

Rainer Wiegard, Finanzminister:

Frau Präsidentin! Bezüglich der Vorstandsgehälter - ein Punkt aus diesem Berichtsantrag - habe ich in der Regierungserklärung im November und in der Debatte des Landtags am 25. Februar grundsätzliche Ausführungen gemacht. Ich kann es deshalb jetzt kürzer darstellen.

Mit dem **Staatsvertrag über die Errichtung des HSH-Finanzfonds Anstalt des öffentlichen Rechts** stellen wir bei der Garantieübernahme Anforderungen an die Bank. Dabei geht vor allem auch um die **Vergütung** für den Vorstand und die entsprechenden Regelwerke für leitende Mitarbeiter, in der Folge auch für die zwischen Vorstand und Betriebsrat zu verhandelnden Regeln für die übrigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Dabei gilt insbesondere: Vergütungen müssen angemessen sein. Die **Kriterien** für die Angemessenheit sollen insbesondere die Kombination aus persönlicher Leistung, wirtschaftlicher Lage, Erfolg und Zukunftsaussichten der Bank sein. Zur Ermittlung der Leistungen gehören alle Leistungen und ein angemessenes Verhältnis zwischen fester und variabler Vergütung.

Meine Damen und Herren, im Zusammenhang mit öffentlichen Stützungsmaßnahmen sind 500.000 € für Vorstandsmitglieder als obere Grenze anzusehen. Das schließt auch erfolgsabhängige Zahlungen, wie Boni, aus, wenn die öffentliche Hand - wie wir hier - die Bank unterstützt.

Vergütungen dürfen nicht dazu verleiten, unangemessene Risiken einzugehen. Sie müssen im Gegensatz dazu nachhaltige Wirkung entfalten. Nachhaltigkeit bedeutet die Ausrichtung der Vergütung an dem Ergebnis längerer, mehrerer Perioden. Die bisherige Orientierung allein an dem Ergebnis eines Geschäftsjahres greift bekanntermaßen zu kurz. Erfolgsabhängige Vergütungsbestandteile werden künftig an den Nachweis geknüpft, dass dieser Erfolg über mehrere Jahre auch Bestand hatte. Dementsprechend werden auch Vergütungen dafür über den Zeitraum des nachgewiesenen nachhaltigen Erfolgs gestreckt.

Unangemessene Vergütungen im bisherigen System werden im Rahmen des rechtlich Möglichen und gegebenenfalls unter Beachtung mitbestim-

(Minister Rainer Wiegard)

mungsrechtlicher Gegebenheiten beendet. Die **Ausgestaltung dieser Regelungen** wird derzeit zwischen den Anteilseignern beraten. Der Präsidialausschuss wird sich im April mit den Vorschlägen befassen und im Aufsichtsrat dann entsprechende Vorschläge vorlegen. Dies gilt unmittelbar für die Vergütung der Vorstände sowie mittelbar als Grundsätze für das übrige Regelwerk.

Auf die Verantwortlichkeiten bin ich beim vorigen Tagesordnungspunkt eingegangen, insofern kann ich das jetzt hier einfach so zu diesem Tagesordnungspunkt zum Protokoll gedanklich hinzufügen und muss das nicht noch einmal vortragen.

Bei der Frage der **personellen Besetzung** des Vorstandes befinden sich die Anteilseigner in enger Abstimmung über die personelle Umsetzung des Restrukturierungskonzeptes der Bank, insbesondere auch im Zusammenhang mit der erforderlichen Trennung zwischen Kernbank und Konsolidierungsbank. Dabei ist klar, dass die neue Kernbank keinen - wie in der Vergangenheit - mit sieben Mitgliedern besetzten Vorstand haben wird, sondern dass wir an einer deutlich geringeren Zahl von Mitgliedern interessiert sind. Ebenso klar ist aber auch, dass es einen Risikovorstand als Einzelressort geben wird und dass dieser mit deutlich ausgeprägten Kompetenzen als bislang ausgestattet sein wird.

Grundlage für die weiteren Beratungen der Anteilseigner und des Aufsichtsrates sind die Entscheidungen, die der Landtag heute hier getroffen hat, nämlich über die Fortführung des Konzepts und die Trennung in die beiden Banken.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich danke dem Herrn Finanzminister. Ich eröffne die Aussprache. Für die antragstellende Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat deren Vorsitzender, Herr Abgeordneter Karl-Martin Hentschel, das Wort.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, vor zwei Wochen haben Sie in der Presse lauthals angekündigt, dass die Verantwortlichen für das Desaster bei der HSH Nordbank festgestellt und **personelle Konsequenzen** gezogen werden sollen. Genau dazu haben wir einen Bericht angefordert.

Ich hatte deshalb erwartet, dass Sie heute selbst einen Bericht vorlegen, Herr Ministerpräsident, und Ross und Reiter nennen. Stattdessen schicken Sie wieder einmal Ihren armen Finanzminister vor.

Das einzig Konkrete, was in dem Bericht steht, ist, dass im November Herr Berger gegangen ist. Das wussten wir bereits.

Herr Carstensen, die großartige Erklärung, die Sie vor zwei Wochen abgegeben haben, hat sich als Seifenblase erwiesen. Ich verzichte auf Überweisung des Berichtes in den Ausschuss. Es lohnt sich nicht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Für die CDU-Fraktion erhält Herr Abgeordneter Frank Sauter das Wort.

Frank Sauter [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe eine sehr umfangreiche Rede mit vielen guten Ideen vorbereitet, die ich Ihnen im Wesentliche deshalb vorenthalte, weil die meisten dieser Ideen heute schon einmal zum Ausdruck und zur Sprache gebracht worden sind.

(Zurufe)

- Vielen Dank, lieber Herr Vorsitzender des Finanzausschusses. - Ich möchte nur einige ganz wenige Anmerkungen machen. Früher war alles ganz einfach: Am Tag der Vergebung machte der Priester die Sünden der Menschen öffentlich. Dann übertrug er sie durch Handlegen auf einen Ziegenbock, und dieser wurde in die Wüste gejagt, und die Schuld war getilgt.

Meine Damen und Herren, so manch ein Kollege der Opposition wäre zu damaliger Zeit sicherlich Priester geworden und nicht Landtagsabgeordneter.

(Heiterkeit und Zurufe)

Das haben wir heute zur Kenntnis genommen. Wenn wir hier über Personen sprechen, dürfen wir allerdings nicht vergessen, dass wir über ein System sprechen, das Mängel aufgewiesen hat. Wir haben ein Bankensystem, das seine Mängel gezeigt hat, und wir haben insbesondere auch ein Landesbankensystem, das Mängel aufgezeigt hat. Wenn wir uns mit der **Beseitigung dieser Mängel** auseinandersetzen wollen, dann muss dies Vorrang haben und wird sicherlich - oder vielleicht, das wissen wir ja alles noch nicht - **personelle Konsequenzen**

(Frank Sauter)

nach sich ziehen. Würden wir es wissen, bräuchten wir ja auch keinen parlamentarischen Untersuchungsausschuss, den die Opposition jetzt installieren will.

Meine Damen und Herren, ich will nicht verhehlen und räume ein, dass die Identifikation und Analyse sachlicher Mängel natürlich auch die Frage **persönlicher Verantwortung** nach sich zieht. In diesem Zusammenhang muss auch der Frage nachgegangen werden, ob die Bank über ausreichend leistungsfähige Instrumentarien verfügte, um sich jederzeit ein aktuelles Bild des Portfolio der Kreditsatzgeschäfte machen zu können, und ob sie in der Lage war, jederzeit belastbare Aussagen zur eigenen Gewinn- und Verlustsituation zu machen, das heißt, ob das Instrumentarium der Bank für die Größe des Rades, das gedreht worden ist, überhaupt ausreichend war. Dies sind allerdings Fragen, für die wir keinen Untersuchungsausschuss brauchten. Auch für viele andere Fragen brauchten wir keinen Untersuchungsausschuss, sondern ich glaube, dass der **Bericht der KPMG** sehr aufschlussreich sein wird. Trotzdem, das Instrument der Opposition soll und muss - wenn beantragt - genutzt werden. Ich meine, dass wir die Debatte zu geeigneter Zeit fortsetzen werden.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich danke Herrn Abgeordneten Frank Sauter und erteile für die SPD-Fraktion deren Vorsitzenden, Herrn Abgeordneten Dr. Ralf Stegner, das Wort.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe heute viele interessante Beiträge zu dem Thema gehört, wer woran schuld ist. In der Regel ist das mit ausgestrecktem Zeigefinger formuliert worden - jedenfalls im Geiste -, teilweise ist nicht so richtig daran gedacht worden, dass man das im Einzelnen nachgucken muss. Deshalb möchte ich mich diesem Punkt nicht widmen, das wird dann vielleicht auch der Untersuchungsausschuss tun, möglicherweise auch der famose Bericht.

Worüber ich eigentlich in diesem Kontext reden möchte, ist etwas ganz anderes, nämlich darüber, dass zu dem, was wir den Menschen erklären müssen, nicht nur gehört, was wir heute tun und so eine Entscheidung über Milliarden Euro an Garantien und direkten Hilfe treffen, sondern dass die Menschen empfinden, dass das **Gleichgewicht in dieser**

Republik gestört ist. Auf der einen Seite gibt es nämlich sittenwidrig **niedrige Löhne**, auf der anderen Seite sittenwidrig **hohe Gehälter**. Wir haben Systeme, die Manager in die Lage versetzt haben, Boni dafür zu bekommen, dass sie sich in einer Weise verhalten, die dem Unternehmen schadet, dass über Mali aber eigentlich niemand gesprochen hat.

Deswegen ist das, was im Augenblick in der Republik diskutiert wird, und zwar ganz konkret in Berlin, wichtig. Ich werbe ganz besonders bei den Kollegen der Union dafür, dass sie sich diesen Vorschlägen, die Peer Steinbrück und andere machen, anschließen, nämlich zu sagen: Wir wollen nicht nur Gehälter beschränken. Ich wiederhole hier übrigens noch einmal: Wir sollten das bei der **HSH Nordbank** nicht nur auf das Maß beziehen, das der SoFFin vorschreibt, sondern das niedriger ansetzen, denn Schleswig-Holstein hat weniger Geld als andere.

Zweitens sollten wir über die Frage der **steuerlichen Absetzbarkeit von Abfindungen** reden. Auch das ist ein Problem. Ich finde es geradezu grotesk, dass Leute für ein Versagen eine Abfindung bekommen, und dann können die Unternehmen das auch noch von der Steuer absetzen. Das ist im Grunde genommen doch eine Aufforderung dazu. Wir reden ja darüber, wie man so etwas in Zukunft vermeiden kann. Das ist ein Pannenvermeidungssystem, wenn man das in Zukunft nicht mehr erlaubt. Das muss man ja nicht in der Form tun, dass man auch **persönliche Versicherungen** untersagt. Ich finde, das geht ein bisschen weit. Aber es sollte jedenfalls nicht für Unternehmen möglich sein, das auch noch von der Steuer absetzen zu dürfen, sodass das Gemeinwesen doppelt und dreifach für das, was angerichtet worden ist, zahlt.

Weiter möchte ich gern sagen - wir nähern uns ja der Karwoche -: Auch die Frage, ein Stück zur Besinnung zu kommen und sich zu fragen, wer trägt eigentlich welche Folgen von den Dingen, über die wir hier heute sprechen, finde ich, ist ein wesentlicher Punkt. Denn da fallen die Menschen unterschiedlich weich. Und auch deshalb ist es so kompliziert, den Bürgerinnen und Bürgern zu erklären, warum wir solche Entscheidungen treffen. Denn diese setzen wirklich Millionen von Arbeitsstunden ein, um das zu erwirtschaften, was wir im Zweifelsfall beschließen auszugeben, um das auszugleichen, was andere angerichtet haben, die der Meinung waren, es sollte möglichst alles auf dem freien Markt und ohne staatliche Kontrolle passieren.

(Dr. Ralf Stegner)

Ich glaube, es ist sehr in Ordnung - insofern ist es auch ein Stückchen Werbung für demokratische Politik -, dass sich **demokratische Politik** jedenfalls handlungsfähig zeigt, das in Ordnung zu bringen, was andere angerichtet haben. Die zweite Konsequenz muss sein, dass wir dafür sorgen, dass sich das nicht wiederholen kann. Ich finde es viel interessanter, sich solche Gedanken zu machen, als darüber nachzusinnen, wer da wo und wie zu welcher Stunde vielleicht alles besser wusste oder diesen oder jenen Fehler möglicherweise begangen hat. Das ist ein bisschen meine Befürchtung. Wir werden da ganz unterschiedliche Bilanzen haben. Die einen werden da sagen: Die sind schuld. Die anderen werden sagen: Nein, die sind schuld, und der ist schuld. Es wird sich fein säuberlich sortieren. Die einen werden sagen, bis 2005 gibt es Schuldige, die anderen werden sagen, es gibt nur Schuldige nach 2005 - so, wie wir das alles kennen. Ich glaube, die Wahrheit ist komplizierter.

(Beifall des Abgeordneten Rolf Fischer [SPD])

Ich bedanke mich für die teilweise vorhandene Aufmerksamkeit und finde, dass diese Parlamentsstunde heute durchaus zur Ehre dieses Parlamentes gereicht hat - jedenfalls zu weiten Teilen, wenn ich mir diese Bemerkung erlauben darf.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Das Wort für die FDP-Fraktion hat Herr Abgeordneter Dr. Heiner Garg.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Es ist schon interessant, wie manche hier mögliche Ergebnisse eines Untersuchungsausschusses schon im Vorweg bewerten und im Vorweg bestimmte Ergebnisse befürchten. Ich möchte mich dazu an dieser Stelle nicht weiter äußern.

Ich denke, es ist richtig, dass die Verantwortlichen, wenn sie denn identifiziert werden - wann immer sie diese Verantwortung übernommen haben, ob vor oder nach 2005 -, auch genannt und **zur Verantwortung** gezogen werden.

(Beifall der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Lars Harms [SSW])

Zweitens: Die **Begrenzung der Vorstandsgehälter** so, wie Sie sie in Ihrem Berichts Antrag vorgesehen

haben, ist die logische Konsequenz daraus, dass sich die Mehrheit dieses Hauses vorhin für das Modell eines „Mini-SoFFin“ entschieden hat. Im Übrigen bin ich der Auffassung, dass alles andere, was uns bislang berichtet wurde, dann selbstverständlich auch Gegenstand des zu beschließenden parlamentarischen **Untersuchungsausschusses** sein wird.

(Beifall bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Das Wort für den SSW im Landtag erhält Herr Abgeordneter Lars Harms.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch ich mache es relativ kurz. Selbstverständlich wird der Untersuchungsausschuss alles aufklären müssen, was noch aufzuklären ist. Wir haben bei dem Bericht gesehen, dass in ihm noch nicht viel steht. Der Kollege Hentschel hat darauf hingewiesen, dass allein der Rücktritt von Herrn Berger als Fakt in ihm enthalten ist, ansonsten ist es noch nicht fürchterlich viel.

Ich glaube, es geht nicht nur bei den **Untersuchungen** durch den Untersuchungsausschuss darum, wer innerhalb der Banken und in den Gremien verkehrt gehandelt hat, sondern auch darum, wer als Vertreter des Landes Schleswig-Holstein möglicherweise Fehler gemacht und auch Dinge getan hat, die nicht im Interesse des Landes Schleswig-Holsteins waren. Das gilt sowohl für die Landesregierung als auch für Vertreter der Landesregierung in den Aufsichtsgremien der Bank. Ich glaube, wenn wir das in den nächsten Monaten geklärt haben, können wir inhaltlich darüber besser diskutieren.

Ansonsten kann man die jetzt von mir nicht gehaltene Rede des SSW nachher auf unserer Homepage lesen.

(Beifall bei FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Sylvia Eisenberg [CDU])

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe damit die Beratung. Da kein Antrag gestellt worden ist, stelle ich fest, dass der Tagesordnungspunkt erledigt ist.

(Vizepräsidentin Frauke Tengler)

(Konrad Nabel [SPD]: Die Tagesordnung auch!)

- So ist es.

Im Nachgang zu Tagesordnungspunkt 1 ist festzustellen, dass der FDP-Antrag Drucksache 16/2599 mit Zustimmung des Antragstellers seine Erledigung gefunden hat.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich wünsche Ihnen allen in der sitzungsfreien Zeit eine gute Erholung. Wir sehen uns wieder in der nächsten Tagung am 6. Mai 2009. Machen Sie es gut!

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 16:08 Uhr

Anlage

Namentliche Abstimmung

110. Sitzung am 3. April 2009

Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zum Staatsvertrag zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg und dem Land Schleswig-Holstein über die Errichtung der "HSH Finanzfonds AöR" als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 16/2511

(Seite 8206 des Plenarprotokolls)

Name	Abstimmung	Name	Abstimmung
CDU		Dr. Henning Höppner	Ja
Hans-Jörn Arp	Ja	Anette Langner	Ja
Dr. Axel Bernstein	Ja	Hans Müller	Ja
Johannes Callsen	Ja	Konrad Nabel	Ja
Peter Harry Carstensen	Ja	Günter Neugebauer	Ja
Claus Ehlers	Ja	Regina Poersch	Ja
Sylvia Eisenberg	Ja	Klaus-Peter Puls	Ja
Jürgen Feddersen	Ja	Sandra Redmann	Ja
Heike Franzen	Ja	Ulrike Rodust	Ja
Torsten Geerds	Ja	Thomas Rother	Ja
Hartmut Hamerich	Ja	Anna Schlosser-Keichel	Ja
Niclas Herbst	Ja	Bernd Schröder	Ja
Susanne Herold	Ja	Olaf Schulze	Ja
Karsten Jasper	Ja	Jutta Schümann	Ja
Werner Kalinka	Ja	Dr. Ralf Stegner	Ja
Martin Kayenburg	Ja	Siegrid Tenor-Alschausky	Ja
Klaus Klinckhamer	Ja	Dr. Gitta Trauernicht	Ja
Tobias Koch	Ja	Jürgen Weber	Ja
Peter Lehnert	Ja		
Jens-Christian Magnussen	Ja	FDP	
Manfred Ritzek	-	Dr. Heiner Garg	Nein
Ursula Sassen	Ja	Günther Hildebrand	Nein
Frank Sauter	Ja	Dr. Ekkehard Klug	Nein
Monika Schwalm	Ja	Wolfgang Kubicki	Nein
Peter Sönnichsen	Ja		
Thomas Stritzl	Ja	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Frauke Tengler	Ja	Angelika Birk	Nein
Herlich Marie Todsens-Reese	Ja	Monika Heinold	Nein
Dr. Johann Wadephul	Ja	Karl-Martin Hentschel	Nein
Wilfried Wengler	-	Detlef Matthiessen	Nein
Rainer Wiegard	Ja		
		SSW	
SPD		Lars Harms	Nein
Holger Astrup	Ja	Anke Spoorendonk	-
Wolfgang Baasch	Ja		
Detlef Buder	Ja		
Peter Eichstädt	Ja		
Ute Erdsiek-Rave	Ja		
Rolf Fischer	Ja	Zusammenstellung:	
Ingrid Franzen	Ja	Abgegebene Stimmen	64
Lothar Hay	Ja	davon	
Birgit Herdejürgen	Ja	Jastimmen	55
Astrid Höfs	-	Neinstimmen	9
Thomas Hölck	-	Enthaltungen	-